Saar-Freund

Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet

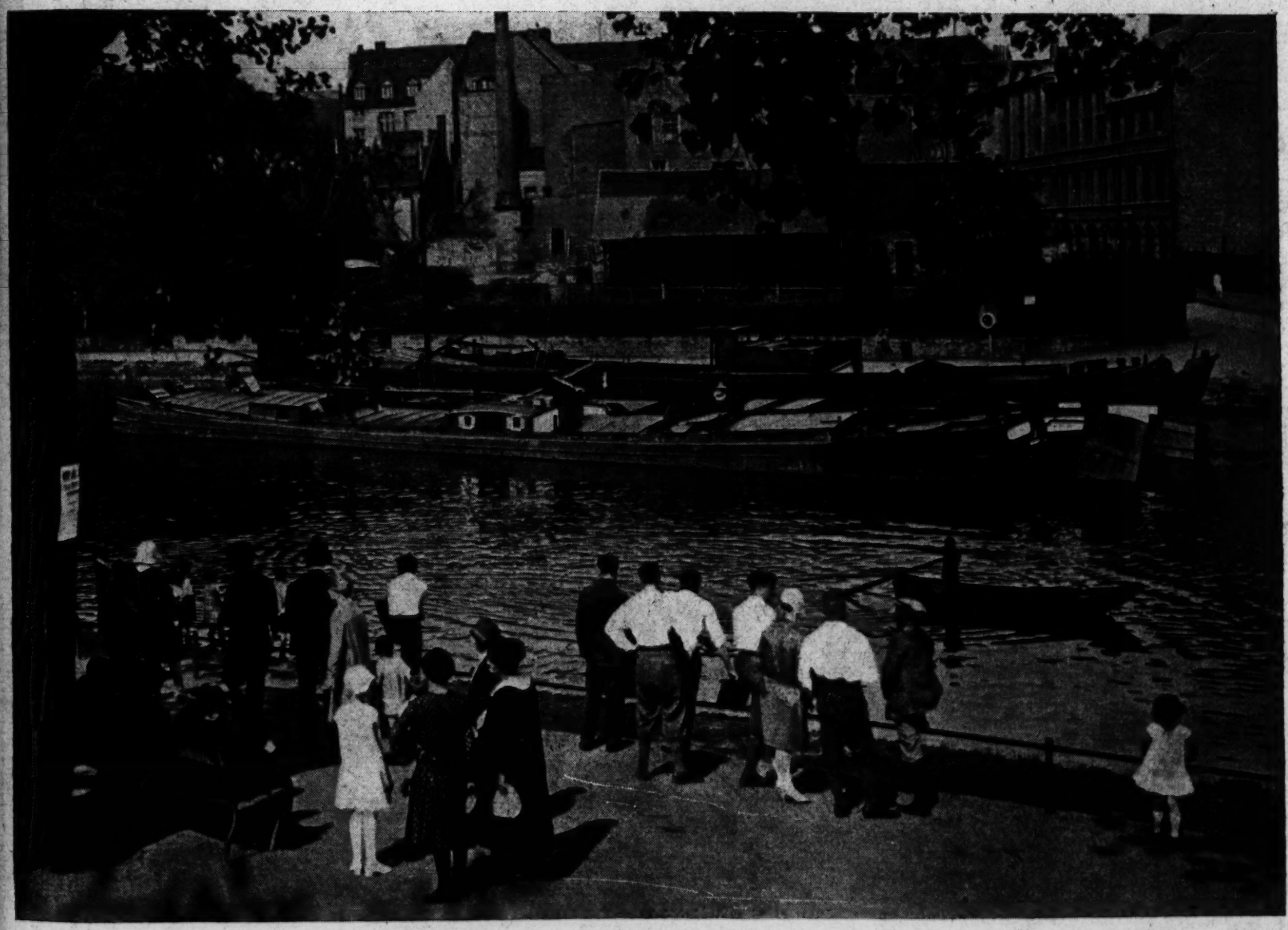
Mitteilungsblatt des Bundes der Saar-Vereine

Nummer 22 · 10. Jahrgang

Berlin, den 15. November 1929

H. W. L. DEC 16

Die Aussichten der Saar-Verhandlungen



phot. Wentz. **Saarpartie an den Luisenanlagen in Saarbrücken** Man schaut den Ringen nach, Die das Ruder schlägt.

„Will man Taten, dann bekunde man sie. Will man Friedensfreund sein und nicht sein frivoles Spiel treiben, dann betone man es durch die Tat ... An Frankreich ist es, zu beweisen, daß es ernstlich Verständigung und Frieden will."

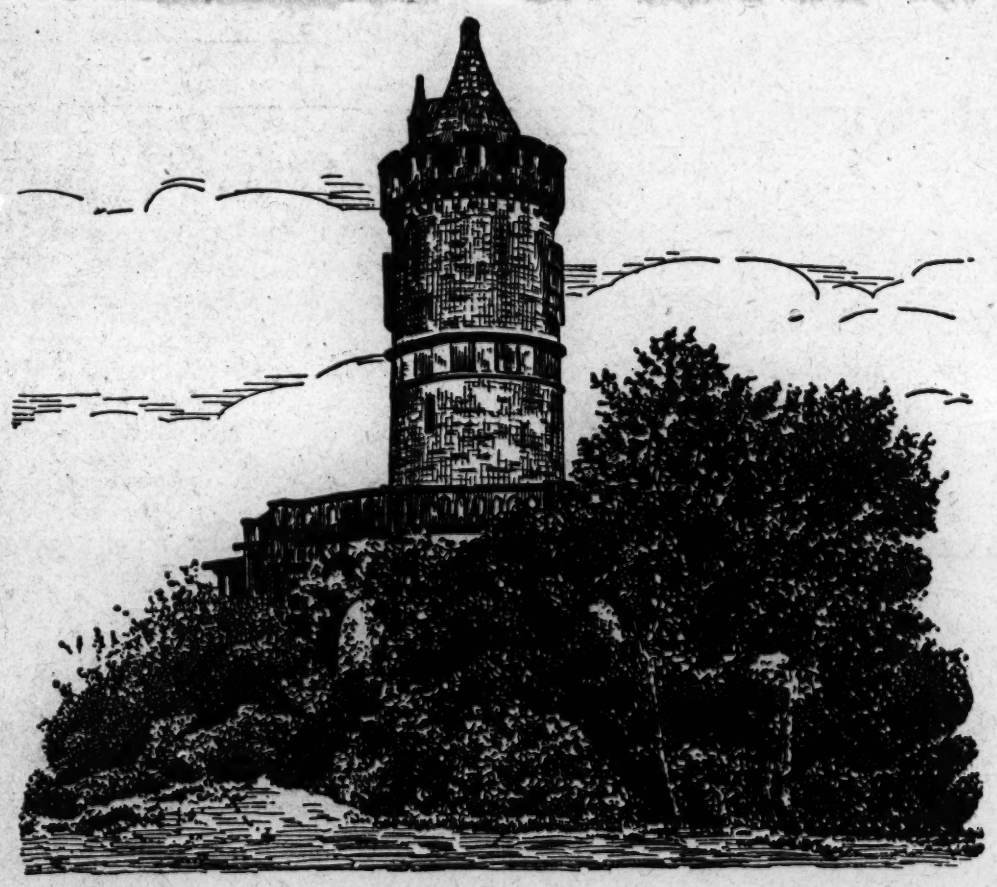
Abgeordneter Universitätsprofessor Dr. Moldenhauer
(jetziger Reichswirtschaftsminister)
auf der Heidelberger Tagung des Bundes der Saar-Vereine 1928.

„Deutsch die Saar immerdar."

Helft die deutsche Saar befreien!

Die Geschäftsstelle „Saar-Verein" wird das bisherige Merkblatt „Deutsch die Saar immerdar" in völliger Neubearbeitung in dritter Auflage demnächst herausgeben.

Das Merkblatt ist bisher in über 60 000 Abdrucken in ganz Deutschland und darüber hinaus verbreitet worden, überall hat es ein freudiges Echo für die deutschen Brüder an der Saar in ihrem Kampfe um das Deutschtum erweckt. Nach diesem günstigen Erfolge ist für die Neuauflage eine noch weitere Verbreitung vorgesehen. Das neue Merkblatt stellt sich diesmal unter das Leitwort: „Deutsch die Saar immerdar! — Helft die deutsche Saar befreien!" als ein Bindeglied zwischen dem Deutschen Reiche und dem deutschen Saargebiet dar mit dem Ziel, die Wiedervereinigung beider nach Kräften zu fördern.



Die Aufgabe des Merkblattes ist, überall auf die Bedeutung der Erhaltung und Sicherung des Saargebiets für unser Deutsches Reich und Volk hinzuweisen, auf die Nöte der unter einer Fremdherrschaft schmachtenden deutschen Saarbevölkerung in aller Welt aufmerksam zu machen und dem Lande an der Saar sowie dem für seine Sache eintretenden Bunde der Saarvereine neue Freunde und Förderer zu gewinnen zu dem gemeinsamen Streben, die deutsche Saar dem Deutschtum zu erhalten.

Das Merkblatt ist dem Bund der Saarvereine ein guter Wegbereiter gewesen und hat ihm so seine Aufgabe erleichtert. Soweit der Saarverein über die Grenzen Deutschlands ins Ausland hinausgegangen ist, hat er auch dort das Interesse für die Not und das Unrecht von Versailles an der Saar erweckt und nachdrückliche Proteste gegen die von Frankreich geplante Vergewaltigung der Deutschen an der Saar erstehen lassen.

Zehn Jahre leben die deutschen Brüder an der Saar nun schon unter der völkischen Lostrennung vom Reiche und in der politischen und wirtschaftlichen Versklavung unter einer Fremdherrschaft, die noch immer nicht dem ihm zu treuen Händen anvertrauten Gebiete dient, sondern in entscheidenden Fragen gerade den fremden Machthabern willfährig ist, die [illegible] Hände nach dem „vor den Toren ihres Landes liegenden so reichen Gebiete" ausstrecken. Noch immer schrickt der Völkerbund in Ohnmacht vor dem einflußreichen Frankreich davor zurück, das dem Saargebiet zugefügte Unrecht wieder gutzumachen, noch immer verweigert es Frankreich die Saar wieder freizugeben, die längst Zeugnis des unerschütterlichen einheitlichen Willens nach der Wiedervereinigung mit dem Reiche klar und eindeutig vor aller Welt abgelegt hat.

Noch ist die Aufgabe der Geschäftsstelle Saarverein und des Bundes der Saarvereine nicht erfüllt, mitzuwirken nach Kräften an der Deutscherhaltung des ungeteilten Saargebietes, wenn auch die mannhaften Deutschbekundungen an der Saar nach dem vom Völkerbund so hochgepriesenen Selbstbestimmungsrecht der Völker schon längst die deutsche Zukunft der Saarbevölkerung entschieden haben müßten.

Es gilt daher, neue Kräfte im Volke, neue Helfer in allen Volksgemeinschaften, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht zu einer leeren Phrase herabsinken lassen wollen, zu gewinnen, um ihn dem angestrebten und ersehnten Ziele „Deutsch die Saar immerdar" zuzuführen. „Helft die deutsche Saar befreien", diese Mahnung enthält das zweite Merkblatt. Möge es den Weg finden zu allen Herzen, die in der Untrennbarkeit aller Angehörigen ihres eigenen Volkes ihr Heiligstes erblicken und sich zum Widerstande vereinigen, wenn es gilt, Unrecht und Vergewaltigung am Volkstum zu verhindern, auf daß es wahr werde:

„Deutsch die Saar immerdar!"

Saar-Freund

Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet

Mitteilungsblatt des Bundes der Saar-Vereine

Nummer 22 · 10. Jahrgang

Berlin, den 15. November 1929

Die Aussichten der Saarverhandlungen

Von besonderer Seite gehen uns nachstehende Ausführungen zu:

Die Ende August im Haag vereinbarten deutsch-französischen Saarverhandlungen, die erst am 16., dann am 26. Oktober beginnen sollten, haben durch die französische Regierungskrisis eine neue Verzögerung erfahren. Inzwischen hat sich in der französischen Oeffentlichkeit eine starke Opposition gegen diese Verhandlungen geltend gemacht. Zwar fehlt es nicht an beachtlichen Stimmen, die einer schnellen Lösung der Saarfrage das Wort reden, aber erheblich größer ist doch die Zahl derer, die entweder jede Saarverhandlung ablehnen oder ganz unerfüllbare Bedingungen daran knüpfen. Die letzte Kammerdebatte über die Regierungserklärung des neuen Kabinetts Tardieu hat diese Auffassung noch bestärkt.

Die landläufigen Gedankengänge in Frankreich, namentlich in Elsaß-Lothringen, berühren die politische Seite der Saarfrage entweder gar nicht oder nur obenhin, desto ausführlicher aber die wirtschaftliche. Von der Rückgabe der Saargruben an Preußen und Bayern befürchtet man eine Gefährdung der französischen Kohlenversorgung, und noch größere Verluste erwartet man aus dem Ausscheiden des Saargebiets aus dem französischen Zollgebiet. Auf Grund dieser Perspektiven bezeichnet man die Saarverhandlungen als verfrüht und wendet sich gegen jede Aenderung des jetzigen Zustandes im Saargebiet vor 1935.

Diese Beweisführung steht auf schwachen Füßen. Weshalb soll denn verhandelt werden? Doch nicht um der Kohle oder des Zolles willen, sondern weil zehn Jahre nach Versailles die Vernunft stärker an die Türe pocht, weil die Vereinigung der damals künstlich, auf falschen Voraussetzungen, ja sogar nicht mit ganz sauberen Methoden geschaffenen Saarfrage die notwendige Folge der Entwicklung, der Verständigung, des Friedens ist, weil man sich endlich darauf besinnt, daß das Schicksal eines Gebietes in erster Linie bestimmt werden muß nach dem Willen seiner Bevölkerung, nicht aber nach seinen Bodenschätzen oder Importverhältnissen. Hier, in dieser Verknüpfung mit der gesamtpolitischen Lage liegt der tiefere Sinn der Verhandlungen. Gewiß wird dabei von Kohle und Zöllen die Rede sein müssen, aber immer nur im Rahmen des gesamten, einheitlichen Saarproblems, das man nicht zerschlagen und vor allem nicht von seiner politischen Grundlage loslösen darf. Wer diese Zusammenhänge nicht sieht, ist noch im Geiste von 1919 befangen.

Nicht einmal auf rein wirtschaftlichem Gebiet ist die in Frankreich vorherrschende Auffassung haltbar. Sie übersieht, daß von dem Absatz der französischen Wirtschaft im Saargebiet ein erheblicher Teil nicht dem Versailler Vertrag, sondern dem Entgegenkommen Deutschlands zu verdanken ist, durch Uebernahme sozialer Lasten, durch Stundung und Niederschlagung hoher Zollbeträge und seit 1926 auch durch vertragliche Gewährung der Zollfreiheit für die Ausfuhr des Saargebietes ins deutsche Zollgebiet die Gesamtwirtschaft des Landes lebensfähig erhielt und damit der französischen Wirtschaft und der französischen Grubenverwaltung eine kaufkräftige Kundschaft verschaffte. Hätte Deutschland ganz einfach den Versailler Vertrag angewendet, so wäre die Saarwirtschaft schon Anfang 1925 zusammengeschrumpft, die Industrie hätte weniger französische Ware kaufen können, und überdies wäre die Saarindustrie in Frankreich selbst viel stärker als Konkurrentin auf dem Markt erschienen.

Die französische Wirtschaft hat also in der Vergangenheit aus dem Saargebiet größere Vorteile herausgeholt, als ihr vertraglich zustand, so daß es nur ein gerechter Ausgleich wäre, wenn diese Vorteile fortab auf ein bescheideneres Maß zurückgeführt würden. Man übersieht ferner, daß auch nach Wiedereingliederung des Saargebietes ins deutsche Zollgebiet der französische Export dorthin immer noch beträchtlich bleiben und daß außerdem Deutschland sicher bereit sein wird, diesem Export für einige Jahre besondere Vergünstigungen einzuräumen. Endlich übersieht man, daß der Zollanschluß des Saargebiets an Frankreich weder in der Uebereignung eines besonderen Verwaltungsregimes, noch auch in den Wirtschaftsbeziehungen des Landes, die ganz überwiegend nach Deutschland gerichtet waren, eine Rechtfertigung findet, daß natürliche Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Saargebiet und Frankreich nur für den Austausch von Kohle und Erz bestehen, daß aber beides zollfreie Rohstoffe sind, und daß alle anderen Faktoren — Sprache, Tradition, Geschmack, Gesetzgebung, industrielle Ausrüstung, Klima usw. — der Saarwirtschaft ein deutsches Gepräge geben. Nicht die Beibehaltung der naturwidrigen Zollunion mit Frankreich entspricht also der wirtschaftlichen Vernunft, sondern ihre Beseitigung.

So unbegründet uns hiernach die französische Abneigung gegen eine baldige Vereinigung der Saarfrage erscheint, so müssen wir sie doch als gegebene Tatsache in Rechnung stellen. Diktiert ist sie von einseitigen Interessentenwünschen; Interessenten aber wird man niemals von der Haltlosigkeit ihres Standpunktes überzeugen können. Was aber folgt daraus für Deutschland? Etwa, daß es krampfhaft nach Konzessionen suchen sollte, um in der Saarfrage nur ja zum Ziele zu kommen? Keineswegs. Deutschland wünscht aus nationalen Gründen die baldige Rückgliederung des Saargebiets. Aber nicht um den Preis übertriebener Konzessionen. Erweist sich eine annehmbare Verständigung mit Frankreich als unmöglich, dann ist es für Deutschland weit

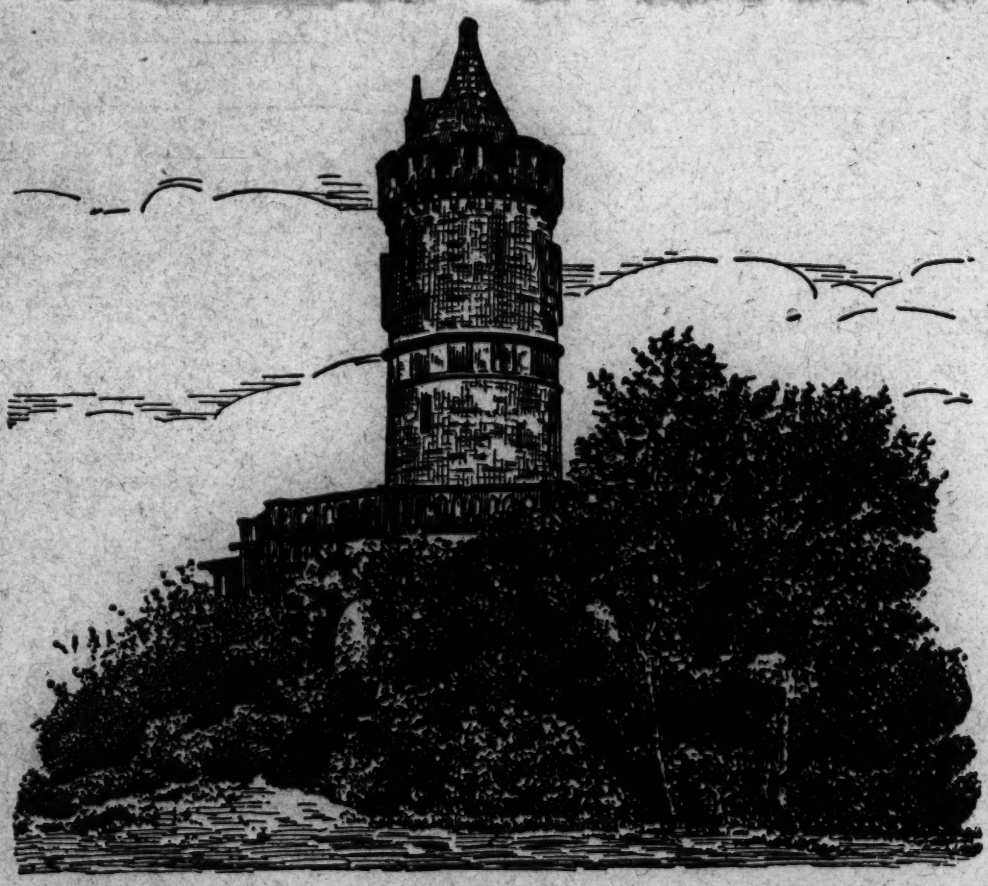
Die Nr. 11, Jahrgang 5, der **„Saarheimatbilder"** liegt dieser Ausgabe bei.

„Deutsch die Saar immerdar."

Helft die deutsche Saar befreien!

Die Geschäftsstelle „Saar-Verein" wird das bisherige Merkblatt „Deutsch die Saar immerdar" in völliger Neubearbeitung in dritter Auflage demnächst herausgeben.

Das Merkblatt ist bisher in über 60 000 Abdrucken in ganz Deutschland und darüber hinaus verbreitet worden, überall hat es ein freudiges Echo für die deutschen Brüder an der Saar in ihrem Kampfe um das Deutschtum erweckt. Nach diesem günstigen Erfolge ist für die Neuauflage eine noch weitere Verbreitung vorgesehen. Das neue Merkblatt stellt sich diesmal unter das Leitwort: „Deutsch die Saar immerdar! — Helft die deutsche Saar befreien!" als ein Bindeglied zwischen dem Deutschen Reiche und dem deutschen Saargebiet dar mit dem Ziel, die Wiedervereinigung beider nach Kräften zu fördern.



Die Aufgabe des Merkblattes ist, überall auf die Bedeutung der Erhaltung und Sicherung des Saargebiets für unser Deutsches Reich und Volk hinzuweisen, auf die Nöte der unter einer Fremdherrschaft schmachtenden deutschen Saarbevölkerung in aller Welt aufmerksam zu machen und dem Lande an der Saar sowie dem für seine Sache eintretenden Bunde der Saarvereine neue Freunde und Förderer zu gewinnen zu dem gemeinsamen Streben, die deutsche Saar dem Deutschtum zu erhalten.

Das Merkblatt ist dem Bund der Saarvereine ein guter Wegbereiter gewesen und hat ihm so seine Aufgabe erleichtert. Soweit der Saarverein über die Grenzen Deutschlands ins Ausland hinausgegangen ist, hat er auch dort das Interesse für die Not und das Unrecht von Versailles an der Saar erweckt und nachdrückliche Proteste gegen die von Frankreich geplante Vergewaltigung der Deutschen an der Saar erstehen lassen.

Zehn Jahre leben die deutschen Brüder an der Saar nun schon unter der völkischen Lostrennung vom Reiche und in der politischen und wirtschaftlichen Versklavung unter einer Fremdherrschaft, die noch immer nicht dem ihm zu treuen Händen anvertrauten Gebiete dient, sondern in entscheidenden Fragen gerade den fremden Machthabern willfährig ist, die ihre Hände nach dem „vor den Toren ihres Landes liegenden so reichen Gebiete" ausstrecken. Noch immer schrickt der Völkerbund in Ohnmacht vor dem einflußreichen Frankreich davor zurück, das dem Saargebiet zugefügte Unrecht wieder gutzumachen, noch immer verweigert es Frankreich die Saar wieder freizugeben, die längst Zeugnis des unerschütterlichen einheitlichen Willens nach der Wiedervereinigung mit dem Reiche klar und eindeutig vor aller Welt abgelegt hat.

Noch ist die Aufgabe der Geschäftsstelle Saarverein und des Bundes der Saarvereine nicht erfüllt, mitzuwirken nach Kräften an der Deutscherhaltung des ungeteilten Saargebietes, wenn auch die mannhaften Deutschbekundungen an der Saar nach dem vom Völkerbund so hochgepriesenen Selbstbestimmungsrecht der Völker schon längst die deutsche Zukunft der Saarbevölkerung entschieden haben müßten.

Es gilt daher, neue Kräfte im Volke, neue Helfer in allen Volksgemeinschaften, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht zu einer leeren Phrase herabsinken lassen wollen, zu gewinnen, um ihn dem angestrebten und ersehnten Ziele „Deutsch die Saar immerdar" zuzuführen. „Helft die deutsche Saar befreien", diese Mahnung enthält das zweite Merkblatt. Möge es den Weg finden zu allen Herzen, die in der Untrennbarkeit aller Angehörigen ihres eigenen Volkes ihr Heiligstes erblicken und sich zum Widerstande vereinigen, wenn es gilt, Unrecht und Vergewaltigung am Volkstum zu verhindern, auf daß es wahr werde:

„Deutsch die Saar immerdar!"

Saar-Freund

Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet

Mitteilungsblatt des Bundes der Saar-Vereine

Nummer 22 · 10. Jahrgang

Berlin, den 15. November 1929

Die Aussichten der Saarverhandlungen

Von besonderer Seite gehen uns nachstehende Ausführungen zu:

Die Ende August im Haag vereinbarten deutsch-französischen Saarverhandlungen, die erst am 16., dann am 26. Oktober beginnen sollten, haben durch die französische Regierungskrisis eine neue Verzögerung erfahren. Inzwischen hat sich in der französischen Oeffentlichkeit eine starke Opposition gegen diese Verhandlungen geltend gemacht. Zwar fehlt es nicht an beachtlichen Stimmen, die einer schnellen Lösung der Saarfrage das Wort reden, aber erheblich größer ist doch die Zahl derer, die entweder jede Saarverhandlung ablehnen oder ganz unerfüllbare Bedingungen daran knüpfen. Die letzte Kammerdebatte über die Regierungserklärung des neuen Kabinetts Tardieu hat diese Auffassung noch bestärkt.

Die landläufigen Gedankengänge in Frankreich, namentlich in Elsaß-Lothringen, berühren die politische Seite der Saarfrage entweder gar nicht oder nur obenhin, desto ausführlicher aber die wirtschaftliche. Von der Rückgabe der Saargruben an Preußen und Bayern befürchtet man eine Gefährdung der französischen Kohlenversorgung, und noch größere Verluste erwartet man aus dem Ausscheiden des Saargebiets aus dem französischen Zollgebiet. Auf Grund dieser Perspektiven bezeichnet man die Saarverhandlungen als verfrüht und wendet sich gegen jede Aenderung des jetzigen Zustandes im Saargebiet vor 1935.

Diese Beweisführung steht auf schwachen Füßen. Weshalb soll denn verhandelt werden? Doch nicht um der Kohle oder des Zolles willen, sondern weil zehn Jahre nach Versailles die Vernunft stärker an die Türe pocht, weil die Vereinigung der damals künstlich, auf falschen Voraussetzungen, ja sogar nicht mit ganz sauberen Methoden geschaffenen Saarfrage die notwendige Folge der Entwicklung, der Verständigung, des Friedens ist, weil man sich endlich darauf besinnt, daß das Schicksal eines Gebietes in erster Linie bestimmt werden muß nach dem Willen seiner Bevölkerung, nicht aber nach seinen Bodenschätzen oder Importverhältnissen. Hier, in dieser Verknüpfung mit der gesamtpolitischen Lage liegt der tiefere Sinn der Verhandlungen. Gewiß wird dabei von Kohle und Zöllen die Rede sein müssen, aber immer nur im Rahmen des gesamten, einheitlichen Saarproblems, das man nicht zerschlagen und vor allem nicht von seiner politischen Grundlage loslösen darf. Wer diese Zusammenhänge nicht sieht, ist noch im Geiste von 1919 befangen.

Nicht einmal auf rein wirtschaftlichem Gebiet ist die in Frankreich vorherrschende Auffassung haltbar. Sie übersieht, daß von dem Absatz der französischen Wirtschaft im Saargebiet ein erheblicher Teil nicht dem Versailler Vertrag, sondern dem Entgegenkommen Deutschlands zu verdanken ist, durch Uebernahme sozialer Lasten, durch Stundung und Niederschlagung hoher Zollbeträge und seit 1926 auch durch vertragliche Gewährung der Zollfreiheit für die Ausfuhr des Saargebietes ins deutsche Zollgebiet die Gesamtwirtschaft des Landes lebensfähig erhielt und damit der französischen Wirtschaft und der französischen Grubenverwaltung eine kaufkräftige Kundschaft verschaffte. Hätte Deutschland ganz einfach den Versailler Vertrag angewendet, so wäre die Saarwirtschaft schon Anfang 1925 zusammengeschrumpft, die Industrie hätte weniger französische Ware kaufen können, und überdies wäre die Saarindustrie in Frankreich selbst viel stärker als Konkurrentin auf dem Markt erschienen.

Die französische Wirtschaft hat also in der Vergangenheit aus dem Saargebiet größere Vorteile herausgeholt, als ihr vertraglich zustand, so daß es nur ein gerechter Ausgleich wäre, wenn diese Vorteile fortab auf ein bescheideneres Maß zurückgeführt würden. Man übersieht ferner, daß auch nach Wiedereingliederung des Saargebietes ins deutsche Zollgebiet der französische Export dorthin immer noch beträchtlich bleiben und daß außerdem Deutschland sicher bereit sein wird, diesem Export für einige Jahre besondere Vergünstigungen einzuräumen. Endlich übersieht man, daß der Zollanschluß des Saargebiets an Frankreich weder in der Uebereignung eines besonderen Verwaltungsregimes, noch auch in den Wirtschaftsbeziehungen des Landes, die ganz überwiegend nach Deutschland gerichtet waren, eine Rechtfertigung findet, daß natürliche Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Saargebiet und Frankreich nur für den Austausch von Kohle und Erz bestehen, daß aber beides zollfreie Rohstoffe sind, und daß alle anderen Faktoren — Sprache, Tradition, Geschmack, Gesetzgebung, industrielle Ausrüstung, Klima usw. — der Saarwirtschaft ein deutsches Gepräge geben. Nicht die Beibehaltung der naturwidrigen Zollunion mit Frankreich entspricht also der wirtschaftlichen Vernunft, sondern ihre Beseitigung.

So unbegründet uns hiernach die französische Abneigung gegen eine baldige Vereinigung der Saarfrage erscheint, so müssen wir sie doch als gegebene Tatsache in Rechnung stellen. Diktiert ist sie von einseitigen Interessentenwünschen; Interessenten aber wird man niemals von der Haltlosigkeit ihres Standpunktes überzeugen können. Was aber folgt daraus für Deutschland? Etwa, daß es krampfhaft nach Konzessionen suchen sollte, um in der Saarfrage nur ja zum Ziele zu kommen? Keineswegs. Deutschland wünscht aus nationalen Gründen die baldige Rückgliederung des Saargebiets. Aber nicht um den Preis übertriebener Konzessionen. Erweist sich eine annehmbare Verständigung mit Frankreich als unmöglich, dann ist es für Deutschland weit

Die Nr. 11, Jahrgang 5, der **„Saarheimatbilder"** liegt dieser Ausgabe bei.

ratsamer, die Verhandlungen abzubrechen und den Versailler Vertrag ablaufen zu lassen. Nicht nur, weil uns die Abstimmung im Jahre 1935 zu 99 bis 100 Proz. sicher ist, nicht nur, weil mit dem Herannahen des Abstimmungstermins Frankreichs Verhandlungsbereitschaft wachsen muß, sondern gerade auch aus wirtschaftlichen Erwägungen.

Nach der Abstimmung hat Frankreich nur zwei Ansprüche: Rückkauf der Gruben durch Deutschland und Abschluß von Kohlenlieferungsverträgen. Irgendeine Verlängerung der handelspolitischen Vorzugsstellung Frankreichs kennt der Vertrag nicht. Die plötzliche Abschneidung des Saarmarktes würde also dann ohne weiteres und fühlbarer als jetzt eintreten. Wenn Deutschland dann überhaupt zu einem handelspolitischen Uebergangsregime bereit sein sollte, so selbstverständlich nur gegen völlig gleichwertige Gegenkonzessionen. Daß Frankreich auf wirtschaftlichem Gebiet im Jahre 1935 mit leeren Händen dastehen wird, haben weitsichtige Franzosen, auch rechtsstehende, längst erkannt. Im „Temps" forderte Robert Raynaud schon im März 1928 eine entschlossene Aufgabe der französischen Zauderpolitik in der Saarfrage. Georg Roux hat ähnliche Gedanken auch vor mehr als Jahresfrist geäußert, und Briand selbst hat am 22. Oktober deutlich auf diese Schwäche hingewiesen. Anscheinend aber setzt sich diese Erkenntnis in Frankreich schwer durch.

Welche Wirkung ein Scheitern der Saarverhandlungen auf die allgemein deutsch-französischen Beziehungen, auf den Young-Plan usw. haben könnte, mag hier außer Betracht bleiben. Für die Saarfage als solche wäre das Scheitern einer mit zu großen Opfern erkauften Einigung unter allen Umständen vorzuziehen. In dieser Beurteilung herrscht auch bei der Saarbevölkerung volle Einmütigkeit. Notfalls kann und wird Deutschland warten. Seine Verhandlungsposition wird mit jedem Monat besser.

Endlich Saar-Verhandlungen?

Ein Minister französischer Delegationsführer.

Es ist kaum noch ein Geheimnis, daß Frankreich die Saarverhandlungen zu verschleppen sucht. Diese Auffassung besteht auch in deutschen zuständigen Kreisen, in politischen und parlamentarischen Kreisen hat man sie schon längst. Der Grund für diese Verschleppungstaktik ist das Ringen zwischen politischer Einsicht und wirtschaftlicher Gewinnsucht. Briand und alle politischen Kreise, die sich politischer Einsicht und Vernunft nicht verschließen, sind sich der Tatsache bewußt, daß politisch im Saargebiet nichts zu holen ist und daß ein Hinauszögern der Saarliquidierung die geschäftliche Ausbeutung der Saarfrage stark beeinträchtigen muß. Briand hat das in seiner Kammerrede am 8. November deutlich ausgesprochen, als er erklärte:

„Wenn in fünf Jahren die Volksabstimmung ungünstig für uns ausfällt, werden wir fortgehen müssen und verpflichtet sein, die Erzwerke zu verkaufen, ohne daß wir den Preis dafür festsetzen können; das werden dann Schiedsrichter tun."

Dieser politischen und weiterschauenden wirtschaftlichen Einsicht stehen jene politischen Machtprediger und wirtschaftlichen Ausschlächter gegenüber, die entweder noch immer im Geiste von Versailles auf Annexionswegen an der Saar wandeln oder das Saargebiet als Ausbeutungskolonie solange wie möglich behalten wollen: Die letzteren treten am energischsten für Beibehaltung des jetzigen Zustandes ein, das für sie steuerliche und zollpolitische Vorteile und Bevorzugung bringt, wie sie selbst das vorteilhafteste Wirtschaftsabkommen nicht zu bieten vermag. Ein Gebiet, wo für französische Wirtschaft besonderer Schutz und außerordentliche Förderung gewährt wird, gibt es in der ganzen Welt nicht wieder. Deshalb wollen diese Kreise von einer Liquidierung der Saarfrage nichts wissen. Heißt es doch in einer Entschließung der Handelskammer des Departements Meuse an die französische Regierung u. a.: Die Zollunion zwischen Frankreich und dem Saargebiet hat für ersteres „beträchtliche wirtschaftliche Vorteile" gebracht. „Jede Einschränkung bezüglich des jetzigen Regimes würde die Industriellen, Händler und Landwirte dieses Departements, die mit der Saar arbeiten, schwer belasten," da durch eine Aenderung des jetzigen Regimes „in das Gebiet der Maas aber auch nach ganz Frankreich einen Zustrom von elsaß-lothringischen Produkten bringen würde". Deshalb „erbittet die Handelskammer von Bar le Duc und der Maas nach reiflicher Ueberlegung der Sachlage inständigst folgendes:

Es möge vor dem Jahre 1936 keinerlei Abänderung oder wirtschaftliche Einschränkung in den Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und dem Saargebiet getroffen werden.

Gesang der Tapfern

Uns strahlet die Sonne
Ins Leben hinein,
Es glüh'n uns die Nächte
Im mondgoldnen Schein.

Es blüh'n uns die Blumen
In leuchtendem Rot,
Uns reifen die Aehren
Zum täglichen Brot.

Uns schwellen die Adern
Es wallt unser Blut,
Es trägt unsre Seelen
Ein sieghafter Mut.

Wir lieben das Leben,
Mit all seinen Müh'n,
Wir bauen uns Wege,
Um lichtwärts zu ziehn.

Ludwig Schmitzberger.

Alt-Saarbrücker Tanzstunde

Von St.-R. Dr. Ew. Reinhard

Es gab schon für uns eine Tanzstunde, die wir als „altsaarbrückisch" empfanden. Irgendwo in der Vorstadt war das gewesen; er, der Tanzmeister, hatte gefiedelt und mit Unterstützung seiner edlen Gattin außerdem die „Pas" eingeübt. Zum besseren Verständnis hatte er sich dazu auf den Tisch gestellt und die „Pas" buchstäblich ad oculos demonstriert. Die Tanzmeisterin aber übersetzte die unverständlichen französischen Kommandos in gewinnendes „Saarbrücker Deutsch"; etwa so: errriwer unn enniwer. Diese Art Tanzstunde zu erteilen, schien uns denn doch überholt.

Wir hatten zunächst einen richtigen Universitätstanzlehrer zum Mentor, das war der Tübinger Meister Bittler. Er kam nur in den akademischen Ferien, um von seiner Kunst auch etwas Licht in die Provinz strahlen zu lassen. Er war ein Typ von einem Tanzlehrer, stets geschniegelt und gebügelt, mit wiegendem, elegantem Schritt, wie sich das für einen Meister von diesem Fache geziemt. Seine Abbilder waren die beiden Söhne, die, damals Studenten, ihn meist begleiteten und die Mauerblümchen pflücken mußten. Sie tanzten nicht minder gewandt wie der Vater, und manch ein Mauerblümchen brauchte es kaum zu bedauern, daß wir Stümper sie sitzen ließen.

Das Arrangement der Tanzstunde ging in unserem Falle ganz von privater Seite aus; eine Reihe von angesehenen, altansässigen Bürgerfamilien setzten sich miteinander in Verbindung, und eines Tages war man auf diese Weise Zögling der Bittlerschen Tanzakademie, ohne es recht eigentlich zu wissen. So war auch ich maßlos erstaunt, als mir meine Mutter eines Tages eröffnete, ich müsse in den Ferien zur Tanzstunde. Dazu

Ferner solle Deutschland kein neuer zolltariflicher Vorteil eingeräumt werden.

Wenn aus international politischen Gründen und aus Beweggründen der Großherzigkeit und zwecks Annäherung an Deutschland die alten Abkommen abgeändert werden sollten, so ist es doch notwendig, unter allen Umständen dahin zu wirken, daß die heutigen wirtschaftlichen Bedingungen aufrechterhalten bleiben, wie sich auch die politische Verwaltung des Saargebiets in Zukunft gestaltet, wenigstens muß eine Freizone errichtet werden, deren Dauern mindestens so lange festzusetzen wäre, wie der Dawes-Plan läuft."

Man versteht unter diesen Umständen die Schwierigkeiten der französischen Regierung bei der Durchführung der Saarverhandlungen; wenn auf solche Gemütsmenschen Rücksicht genommen werden müßte, wie sie sich in der Entschließung vorstellen, dann ist kaum Aussicht vorhanden, in absehbarer Zeit zu einer vernünftigen und gerechten Regelung zu kommen.

Die deutsche Regierung hat angesichts der unbegründeten Hinauszögerung der Saarverhandlungen am 15. November durch den deutschen Botschafter in Paris diplomatische Vorstellungen erhoben. Es wird versichert, daß die Verhandlungen nun in nächster Woche beginnen sollen, nachdem am 16. November der französische Kabinettsrat und ein Ministerrat die Vorschläge Briands endgültig gebilligt und die Ernennung der französischen Verhandlungsdelegation vollzogen haben. Der Einfluß des neuen Kabinetts macht sich durch Bestellung des Ministers für öffentliche Arbeiten, Pernot, geltend; der von dem alten Kabinett Briand zum Delegationsführer bestimmte Vorsitzende des Verwaltungsrates der Saargruben, Fontaine, wurde zum Vizepräsidenten der Kommission ernannt. Im übrigen sind in die Delegation sämtliche Mitglieder der vom Kabinett Briand bestellten Kommission übernommen worden. Es werden darin alle ressortmäßig zuständigen Ministerien durch ihre leitenden Beamten vertreten sein, so das Außenministerium durch die Ministerialdirektoren de la Boulaye und Coulondre, den Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung, das Handelsministerium durch die Ministerialdirektoren Serruys, der seinerzeit die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland geführt hat, und Elbel, einen der französischen Saarspezialisten, die Ministerpräsidentschaft durch den Dezernenten für Elsaß-Lothringen, Paul Valot, das Ministerium für öffentliche Arbeiten durch den Generalinspektor des Bergwesens, Guilleaume. Schon die äußere Zusammensetzung dieser Delegation, die nicht nur hervorragende Kenner der Verhältnisse im Saargebiet, sondern auch die kompetentesten Spezialisten für Wirtschafts- und Zollfragen umfaßt, zeigt, welche Bedeutung man in Frankreich den bevorstehenden Verhandlungen beimißt.

Die Wahl Pernots zum Delegationsführer dürfte in erster Linie innerpolitische Gründe haben. Pernot gehört der Gruppe Marin, also der äußersten Rechten der Kammer, an, die, wenn sie auch in der fraglichen Abstimmung über das Kabinett Tardieu für das Ministerium Tardieu gestimmt hat, der Außenpolitik Briands nach wie vor mit allergrößtem Mißtrauen, wenn nicht direkt ablehnend gegenübersteht. Von Pernot selbst wird allerdings behauptet, daß er ein entschiedener Anhänger der Locarnopolitik sei. Es bedarf aber keiner besonderen Betonung, daß sich unter dem Kabinett Tardieu die Saarverhandlungen keineswegs leichter gestalten werden. Das beweisen die Ausführungen des Abg. Bureau von der Gruppe Tardieu in der großen Kammerdebatte am 8. November. Er forderte, daß die Volksabstimmung im Jahre 1935 im Saargebiet durchgeführt werde und daß der Teil des Saargebietes, der überwiegend für Frankreich stimmen würde, an Frankreich fallen sollte. Aus seinen weiteren Ausführungen scheint hervorzugehen, daß er zwar für eine jetzige Regelung der wirtschaftlichen Fragen im Saargebiet eintritt, daß aber die Volksabstimmung erst im Jahre 1935 stattfindet. Es wird keinen Menschen und keine Regierung in Deutschland geben, die auch nur gewillt wären, einen solchen Vorschlag zur Kenntnis zu nehmen. Ebenso naiv ist der Standpunkt des Abg. Taittinger von der Republikanisch-demokratischen Union: „Frankreich müsse aus wirtschaftspolitischen und strategischen Gründen im Saargebiet bleiben. Wenn es dann nach Jahren einmal so weit kommen sollte, daß Deutschland das Saargebiet von Frankreich zurückkaufen wolle, dann könne Frankreich als der Verkäufer seine Bedingungen stellen." Herr Taittinger wird sich wohl damit abfinden müssen, daß die Dinge sich nicht nach seinem Wunsche entwickeln werden.

Es gibt aber auch andere Kreise in Frankreich, die zu überlegen begonnen haben, was billigerweise verlangt und erstrebt werden kann. Zu jenen Kreisen gehört neuerdings auch Stephane Lauzanne, der sich in einem ausführlichen Aufsatz in der von der „Agence Economique et Financière" herausgegebenen „Actualités" mit dem Saarproblem befaßt.

Zu der politischen Seite des Problems schreibt Lauzanne u. a., es sei mit Tausend gegen eins anzunehmen, daß die Volksabstimmung im Jahre 1935 gegen Frankreich ausfallen werde. Ebenso sei mit Hundert gegen eins zu wetten, daß die Saarbevölkerung sich nicht für den Völkerbund aussprechen werde. Die Saarländer seien durch Gefühl und Tradition Preußen geblieben und würden es weiter bleiben.

Komplizierter liege die halb juristische, halb wirtschaftliche Frage des Verkaufs der Kohlengruben, denn Frankreich habe weniger Geld als Kohlenlieferungen nötig, und da

---

in den Ferien! Bei 20 Grad Hitze! Aber nach den ersten Versuchen fanden wir alles recht erträglich, ja angenehm! Die Tanzstunden fanden in einem kleinen Saale des damals noch ganz neuen Theaters zu Saarbrücken statt. Da sich die Kinder der einheimischen Familien meist von Hause aus kannten, war keine ausgedehnte Vorstellung notwendig, und man war gleich „unter sich". Ich werde natürlich nicht so undelikat sein, alle die verschiedenen Herzensepisoden und -episödchen hier zu verraten; das ist ja wohl auch „Gemeingut" aller Tanzkurse des In- und Auslandes, und bietet mithin nichts charakteristisch Saarbrückisches.

Daß wir von Herrn Universitätstanzmeister Bittler im übrigen alles lernten, was zur gesellschaftlichen Bildung gehörte, ist genau so selbstverständlich. Besonders gelungen schien mir seine Einführung in die Geheimnisse des „höheren Anstandes" Er sagte nämlich nicht nur, daß man so und so grüßen müsse, sondern auch, warum man es so und nicht anders tun dürfe. Das war alles sehr sinnvoll und einleuchtend! Seine stets gewählten Betrachtungen erstreckten sich sogar auf den Gang, auf die Haltung der Hände und die Anlage eines Gespräches. Es ist mir davon noch einiges in Erinnerung; so meinte er spöttisch, wenn man aus einem kleinen Ort wie Neu- oder Altweiler stamme, so solle man nicht dadurch zu imponieren suchen, daß man stets betone: „Bei uns in Neu- (oder Alt-) weiler ist das so, macht man das so, sagt man so!" Ja! Herr Tanzmeister Bittler war auf dem Parkett des guten Tones wohl zu Hause und stets vom Dufte der Vornehmheit umweht.

Er legte auch Wert darauf, daß jeder etwas lerne; so bestellte er solche, denen die Geheimnisse der Tanzkunst nicht gleich sich erschlossen, in sein elegantes Heim an der Schillerallee, wo er dann noch private Unterweisung gab

Die Tanzstunde nahm ihre normale Entwicklung, indem Herren und Damen von leichteren zu schwereren Tänzen geführt wurden; außer den üblichen Rundtänzen lernte man damals noch an Contretänzen Quadrille und Française. Die spätere Verwilderung des Tanzwesens kündigte sich damals schon in der Aufnahme der Washington-Post an, bei der man in indianischer Weise den Boden mit Absätzen bearbeitete und in wildem Hussah durch den Saal schoß. Da wir noch Auswärtige in unserm Kursus hatten, die nach Ablauf der Ferien fort mußten, wurde die Tanzstunde ziemlich durchgepeitscht, und am Ende der Ferien fand darum auch der Abschluß des Kursus statt. Der feierliche Schlußball hatte allerdings noch etliche Ergänzungsbälle, Ausflüge und Abendveranstaltungen im Gefolge, die immer wieder den alten Kursus zusammenführten. Daß auch noch einige Herzenskrisen zu bereinigen blieben, kann nur eben angedeutet werden. Es wäre vielleicht nicht ungefährlich, die Details schärfer zu fassen.

Auf alle Fälle bewahrten alle Teilnehmer dem Bittlerschen Tanzkursus ein dankbares Andenken, und noch heute, nachdem schon ein Vierteljahrhundert darüber verflossen, redet man bei einer Begegnung mit einem „Tanzstundenherrn" oder einer „Tanzstundendame" gerne von Bittler und seinem Tanzkursus.

Preis und Menge dieser Lieferungen vom Völkerbundsrat festgesetzt werden sollen, habe man Preisschwankungen, fortgesetzte Streitigkeiten mit den Lieferanten usw. zu befürchten. Die größten Schwierigkeiten aber bereite die Frage der Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Saargebiet und einem Teil Frankreichs, weil davon der Wohlstand und fast die Existenzmöglichkeiten von etwa 10 französischen Departements abhingen. „Wird Deutschland", so fragt Lauzanne, „mit der politischen Souveränität über das Saargebiet nicht auch die wirtschaftliche Souveränität wieder erlangen? Kann man sich ein Gebiet vorstellen, das in die Verwaltungsgrenze eines Landes eingegliedert ist, aber in den Zollgrenzen eines anderen Landes bleibt?"

Der Artikel schließt mit folgenden Ausführungen: Das französische Interesse erscheint klar: Man darf sich nicht im Nebel politischer Träume verlieren, sondern muß sich auf dem Boden wirtschaftlicher Wirklichkeit halten. Es ist von geringer Bedeutung, ob das Saargebiet, das im Jahre 1935 ganz sicher wieder deutsch wird, es schon im Jahre 1930 wird. Von Bedeutung ist, daß die Saarkohle weiterhin in genügender Menge und zu vernünftigem Preise nach Frankreich kommt. Vor allem aber ist wichtig, daß die französischen Erzeugnisse weiter in großen Mengen nach dem Saargebiet gehen können. Damit ist der Weg der Verhandlungen durch Richtlinien gekennzeichnet, die sich aus dem gesunden Menschenverstand ergeben: die im Versailler Vertrag für die Volksabstimmung festgesetzten Daten und Formulierungen fallen lassen; die auf die Kohle bezüglichen Bestimmungen dieses Vertrages durch ein gegenseitiges Abkommen klären und sicherstellen; eine Vorzugsbehandlung für die wichtigsten französischen Ausfuhrartikel im Saargebiet erlangen.

Lauzanne führt also das ausführlicher aus, was Briand nur skizzenhaft angedeutet hat. Die Verhandlungen werden deshalb nicht weniger schwierig. Der Führer des Reichszentrums, Prälat Dr. Kaas hat kürzlich in einem Vortrag in Saarbrücken auf diese Schwierigkeiten hingewiesen und angedeutet, daß man in Deutschland sehr ernsthaft und sachlich prüfen wird, was Frankreich hinsichtlich der Saar zu bieten bereit ist. „Wenn man eine zustimmende Entscheidung verlange, dann solle man eben sehen, nach welcher Richtung hin sich das Schicksal der deutschen Saar entwickeln werde und unter welchen Voraussetzungen die Gegenseite bereit sei, die Saar zum Vaterhause zurückkehren zu lassen." Mit Diktaturbestimmungen, wie sie Herr Tardieu in Versailles ausgearbeitet hat, ist heute die Saarfrage nicht zu regeln — Frankreich wird das sehr bald an seinen Wirtschaftsinteressen feststellen können.

Keine Teillösung der Saarfrage.

Von Dr. **Dückers**-Saarbrücken.

Die an der Saar mit Spannung erwartete Erklärung der neuen französischen Regierung ist erfolgt. Man hatte hier die Hoffnungen nicht zu hoch gespannt und ist infolgedessen auch nicht enttäuscht. Daß das Rechtskabinett Tardieu die Saar ausführlicher als in einem Nebensatze erwähnen würde, war kaum anzunehmen. Immerhin beleuchtet dieser Nebensatz blitzlichtartig die neue Lage. Es wird in ihm von der „Regelung des wirtschaftlichen Regimes der Saar" gesprochen, „wo es sich, ohne an die politischen Rechte der Bevölkerung zu rühren, darum handele, die Möglichkeit einer dauerhaften, vorteilhaften Transaktion für die Kontrahenten zu studieren." Das ist alles. Weniger konnte schlechterdings nicht gesagt werden, und vorsichtiger war es kaum auszudrücken. Bemerkenswert daran ist die Wendung, daß man an „unsere politischen Rechte" nicht rühren wollte. Das ist fast wörtlich dem Haager Briefe Briands an Stresemann entnommen. Diese geflissentliche abermalige Betonung unserer politischen Rechte wird hier an der Saar geradezu als eine Verhöhnung empfunden.

Welche politischen Rechte hat denn die Saarbevölkerung zurzeit? Weniger als die französische Kolonialbevölkerung. Diese darf wenigstens ihre Abgeordneten in die französische Kammer wählen, wo ihre Stimmen immerhin von Gewicht sind. Aus dieser Bemerkung soll man nun nicht etwa herauslesen, wir hätten den Wunsch, gleichfalls zur französischen Kammer wählen zu dürfen. Darauf leisten wir gerne dankend Verzicht. Wir wollen lediglich unsere Rechte als deutsche Staatsbürger ausüben und zum Reichstag und Landtag wählen. Das aber ist uns durch den Versailler Vertrag verwehrt. Wir dürfen nur einen Landesrat wählen, der auf die Gesetzgebung und Verwaltung keinen Einfluß hat. Zwar haben wir auch noch unsere kommunale Selbstverwaltung. Aber auch diese sucht die Saarregierung mit den seltsamsten Mitteln, über die gelegentlich noch ein deutliches Wort zu sagen sein wird, einzuschränken. Nur das Recht einer reichlichen Steuerzahlung für einen aufgeblähten Verwaltungsapparat ist uns nicht beschnitten. Im Gegenteil, die Saarregierung hat dieses, unser „Recht" noch dadurch erheblich erweitert, daß sie die französische Bergverwaltung viel zu niedrig veranlagt. Um die ganze Höhe dieses an Landfremde fortgeworfenen Steuerbetrags dürfen wir Einheimischen mehr bezahlen. Das sind unsere augenblicklichen Rechte.

Nun sind in der Bemerkung der französischen Regierungserklärung, wie wir sehr wohl wissen, nicht diese, unsere Bürgerrechte gemeint. Es ist damit abgezielt auf unser Recht auf die Volksabstimmung. Das soll, wie jetzt schon zweimal feierlich von französischer Seite verkündet wurde, nicht angetastet werden. Wir Saarländer wollen uns das auch ausgebeten haben. Wir legen den größten Wert darauf, diese Quittung für eine 15jährige Mißwirtschaft zu geben, falls wir bis 1935 warten müssen, bis wir ins Reich zurückkommen. Nur soll man auf französischer Seite nicht etwa glauben — diesen Eindruck gewinnt man aus der neuesten Regierungserklärung —, als ob man jetzt das zukünftige wirtschaftliche Regime der Saar regeln und dann trotzdem erst 1935 abstimmen lassen könne. „Auf diesem Kalmus piepen wir nicht", sagt der Berliner, und damit stimmen wir Saarländer ihm vollständig zu. Man merkt dabei zu sehr die Absicht und wird verstimmt. So sehr man sonst ein Gegner der Alles- oder Nichtspolitik sein mag, hier in diesem Falle ist sie die einzig richtige. Es kann für uns nur eine gleichzeitige politische und wirtschaftliche Rückgliederung in Frage kommen. Jede Teillösung lehnen wir schon deshalb ab, weil sie naturnotwendig die Keimzelle neuer deutsch-französischer Gegensätze sein müßte.

Wenn man demnächst — so hoffen wir noch immer — über die Zukunft der saarländischen Wirtschaft verhandeln will, dann muß vorher die saarländische politische Zukunft nach jeder Richtung und ohne Verklausulierungen gesichert sein. Das steht bei uns in der ersten Linie. Die wirtschaftlichen Fragen kommen für uns, so unglaubwürdig dies auch klingen mag, erst in zweiter Linie. Eine einfache Ueberlegung wird das klarstellen. Zur Not halten wir nämlich den gegenwärtigen Zustand auch noch fünf weitere Jahre aus, nachdem wir ihn zehn Jahre hindurch getragen haben. Dann tritt der Vertrag in Kraft, der Frankreich nach dem Rückkauf der Gruben durch Deutschland nur den Abschluß von Kohlenlieferungsverträgen, aber keine Fortdauer der bisherigen zollpolitischen Vorzugsstellung gewährt. Weil unsere Wirtschaft trotz aller politischen Eingriffe nun einmal von Natur aus nach Osten gerichtet ist, könnten wir, rein theoretisch gesprochen, auf den Westen verzichten, ohne in Gefahr zu kommen, wirtschaftlich zu verkümmern.

Wir wissen, daß dieser Zustand nicht der wünschenswerte ist und daß eine Blüte der Wirtschaft auf beiden Seiten nur von einer vernünftigen wirtschaftlichen Regelung der Saarfrage kommen kann. Wenn wir nun Kohle und Erz ausscheiden, auf deren wechselseitigen Bezug schon nach dem Standort beide Länder angewiesen sind, so bleibt die Tatsache bestehen, daß der Absatz nach der Saar beispielsweise für die elsaß-lothringische Landwirtschaft lebenswichtig ist, während das Saargebiet nicht unter allen Umständen auf die Einfuhr dieser landwirtschaftlichen Erzeugnisse aus dem früheren Reichsland angewiesen ist. Das gleiche gilt für einen

Teil der elsaß-lothringischen Industrien. Sie alle haben ein Lebensinteresse an einer sie stark begünstigenden Regelung der Saarfrage. Eine Geneigtheit zu einer derartigen Regelung kann auf deutscher Seite aber billigerweise nur bei einer vorzeitigen Lösung der Saarfrage vorausgesetzt werden. Nur dafür kann Frankreich einen Preis erwarten. Tritt aber der Vertrag in Kraft, der nicht Deutschland, sondern in erster Linie Frankreich zum Urheber hat, dann ist es Frankreichs eigene Sache, seine Staatsbürger, die es sich durch die Ziehung der neuen Grenze einverleibt hat, für alle wirtschaftlichen Schädigungen, die in eben dieser Grenzführung ihre Ursache haben, zu entschädigen. Wenn Frankreich dann etwas von uns haben will, ist die Reihe an ihm, dafür den entsprechenden Gegenwert zu zahlen. Zu der politischen Niederlage, die es sich bei der Abstimmung mit tödlicher Sicherheit holt, kommt dann die Verschlechterung seiner wirtschaftlichen Stellung.

Das ist, ganz nüchtern betrachtet, die Lage, die natürlich auch einsichtigen Franzosen nicht unbekannt ist. Ob Briand in dem neuen Kabinett Tardieu soviel einsichtige Männer finden wird, das ist die Frage, die uns nach der Regierungserklärung einigermaßen zweifelhaft erscheint.

André Tardieu,

der Verfasser des Saarstatuts, heute französischer Ministerpräsident.

Das am 22. Oktober überraschend gestürzte Kabinett Briand ist von einem Kabinett Tardieu—Briand abgelöst worden. Zuerst schien es, als ob ein Kabinett zustande kommen würde, in welchem die Linksparteien den Ausschlag haben würden. Daladier scheiterte aber, weil die Sozialisten ein Zusammengehen in der Regierung mit den Radikalen ablehnten, Clementel, weil die Mittelparteien von ihm zu starke Konzessionen an die Linke befürchteten. Das Kabinett ist schließlich von Tardieu gebildet worden. Politiker, die hinter die Kulissen der französischen Regierungskrise zu schauen vermochten, glaubten jedoch feststellen zu können, daß der geschickteste Drahtzieher in dieser offenen Szene französischer Regierungskrise Briand gewesen sei. So überraschend der ablehnende Beschluß der Sozialisten für die große Oeffentlichkeit kam, so wird er erklärlich, wenn man erfährt, daß Briand die nächsten Aufgaben französischer Außenpolitik nur mit Hilfe der Mittel- und Rechtsparteien lösen will. Briand, der scheinbar seinen Sturz mit voller Gleichgültigkeit und die Regierungsbildungsversuche Daladiers und Clementels mit voller Interesse- und Teilnahmlosigkeit verfolgt hat, hat in Wirklichkeit die Fäden gezogen, durch welche Tardieu auf die Bühne jüngster französischer Regierungspolitik kam.

Es ist oft in Deutschland der Verdacht geäußert worden, daß Briand der verschlagene Fuchs sei, der mit liebenswürdigen Worten seine Opfer einfängt und scheinbare Zusagen macht, die in Wirklichkeit Opfer für seine Gegenspieler bedeuten. Das Kabinett Tardieu—Briand stellt für die Fortsetzung der deutsch-französischen Verständigungspolitik eine Erschwerung dar, weil es noch um einige Grade nationalistischer eingestellt ist als das letzte Kabinett Poincaré.

Für die deutsch-französischen Saarverhandlungen aber bedeutet dieses Kabinett Tardieu—Briand, wenn nicht die völlige Undurchführbarkeit dieser Verhandlungen, so mindestens ihre Verschleppung um Monate, wenn nicht länger.

Diese Auffassung wird verständlicher, wenn man sich vor Augen hält, daß André Tardieu, der jetzige französische Ministerpräsident, der eigentliche Schöpfer des Saarstatuts, also des beispiel- und rechtlosen Schicksals der Saargebietsbevölkerung ist. Seine Veröffentlichungen über die Versailler Friedenskonferenz in seinem bekannten Buch „La Pays" beweisen fast auf jeder Seite, daß die von Clemenceau in Versailles erstrebte völlige Annexion des Saargebiets das Mindestmaß dessen darstellte, was Tardieu in dieser Frage erwartete. Mehrfach versieht er die Vorschläge Clemenceaus zur Ueberwindung des Widerstandes Lloyd Georges und Wilsons mit kritischen Bemerkungen, woraus hervorgeht, daß Tardieu das „Zurückweichen" Clemenceaus, wenn man überhaupt von einem solchen sprechen kann, nicht billigte. Es mag sein, daß Tardieu heute die Dinge mit anderen Augen und anderen Zielen betrachtet, wie vor zehn Jahren. Er hat sich jedenfalls in der letzten Kammerdebatte gegen den Vorwurf verteidigen müssen, daß er seine Ansichten geändert habe.

Tardieu ist es jedenfalls in Versailles gewesen, der die französischen Noten ausarbeitete, in welchen immer wieder der „französische historische und politische Anspruch auf das Saargebiet" unter Beweis gestellt werden sollte Als Wilson am 31. März 1919 dem Uebergang des Eigentums der Kohlengruben des Saargebiets an Frankreich zustimmte, arbeitete Tardieu eine Erklärung aus, in der festgestellt wird, daß, wenn eine Regelung getroffen werden sollte, „ohne Errichtung eines administrativen und politischen Sonderregimes, ernste Schwierigkeiten und Konflikte entstehen müßten." Es kam dadurch zu jener kritischen Entwicklung der Versailler Friedenskonferenz, daß Wilson mit seiner Abreise drohte. Am 8. April 1919 fand dann eine neue Beratung zwischen Clemenceau und Loucheur und Tardieu statt, in der beschlossen wurde, nicht weiter nachzugeben. Dieser Standpunkt wurde in einer von Tardieu noch in der Nacht ausgearbeiteten Note niedergelegt, in der es u. a. heißt:

Die von dem Herrn Präsidenten Wilson am 8. April überreichte Note nimmt vorbehaltlich gewisser Abänderungen den Entwurf für die wirtschaftlichen Bestimmungen an, enthält aber keinerlei politische und administrative Bestimmungen.

Sie sieht die Schaffung eines Schiedsgerichts vor, das über Konflikte entscheiden soll, aber sie bestimmt nichts für die Vermeidung derartiger Konflikte.

Mit anderen Worten, die Note vom 8. April erkennt an, daß Konflikte entstehen werden und beschränkt sich darauf, eine Gerichtsbarkeit einzusetzen, die in jedem Einzelfall zwischen Frankreich und Deutschland entscheiden wird. So wird das Saarbecken in letzter Linie durch einen Gerichtshof verwaltet werden.

Ein derartiges Regime ständiger Prozesse scheint unannehmbar nicht nur für Frankreich und Deutschland, sondern auch im Interesse der Bevölkerung des Saarbeckens und im Interesse des Weltfriedens.

Daß Konflikte sicher sind, beweist die Prüfung der Artikel. Beispiele:

Artikel 9. Wenn die Souveränität Deutschlands und die deutsche Verwaltung bestehenbleiben, wie soll es dann möglich sein, die französische Gesetzgebung über Arbeitswesen, Ergänzung der Arbeiterschaft, Löhnung usw. auf einen Teil der Arbeiter des Saargebiets anzuwenden?

Artikel 12. Wie soll man die Befugnisse der vom französischen Staat ernannten Polizeikräfte mit der deutschen Ausübung der Polizeigewalt und der Gerichtsbarkeit in Einklang bringen?

Artikel 14. Wie soll Frankreich seine Aufsicht über die Regelung des Bergwesens, der Industrie und der sozialen Verhältnisse ausüben können, wenn ihm keinerlei Souveränitäts- oder Verwaltungsbefugnisse übertragen werden? Angenommen, daß durch die in Weimar beschlossenen Gesetze der Arbeitstag für eine die Kohlengruben versorgende elektrische Kraftzentrale auf sechs Stunden herabgesetzt werden sollte, wie sollten die Gruben nach dem dem französischen Recht entsprechenden Regime acht Stunden arbeiten?

Artikel 16. Wie soll das Saargebiet dem französischen Zollsystem unterworfen werden, wenn Frankreich dort keine Verwaltungsbeamten und keine anderen Rechte als das Eigentum an den Kohlengruben besitzt? Es gibt keine Zölle ohne Zollbeamte.

Alle diese Artikel sind wirtschaftlich notwendig und gerecht, erfordern aber eine administrative und politische Ergänzung, wie sie die Sachverständigen verlangt haben, wie sie aber die Note vom 8. April nicht vorsieht. Man könnte die Beispiele vermehren.

Allgemeine Folgen des vorgeschlagenen Systems:

Nach dem Inhalt der von dem Herrn Präsidenten Wilson angeregten Lösung soll die Sachlage folgende sein:

1. Die Bewohner sollen im Reichstag vertreten sein, wo Zwischenfälle künstlich werden hervorgerufen werden können.
2. Die ganze deutsche und preußische Verwaltungsorganisation,

die das Gebiet seit hundert Jahren knechtet, soll aufrechterhalten werden.

3. Jede von der französischen Regierung getroffene wirtschaftliche Maßnahme wird, auch wenn sie noch so unentbehrlich ist, von den deutschen Behörden unbegrenzt verschleppt werden können, da es für diese Behörden hierfür genügen wird, einen Prozeß vor dem Schiedsgerichtshof anzustrengen.

4. Wenn die dem französischen Arbeitsrecht unterstellten 72 000 Arbeiter in den Streik treten, welche Gesetzgebung soll anwendbar sein?

Man wird so dahin gelangen, in dem Gebiet die französisch-deutschen Reibungen zu vervielfältigen, die dann ihre Rückwirkung auf die gesamten Beziehungen der beiden Länder ausüben werden; ein örtliches Sondergericht ist nicht das Mittel, wodurch das so geschehene Uebel wieder gut gemacht werden kann.

Das Saarbecken wird unter einem derartigen Regime ein europäisches Marokko werden mit allen Mängeln der Algeciras-Akte, noch dazu in erschwerter Form. Es wird ein Kampfplatz und ein Nährboden für einen beständigen deutsch-französischen Konflikt werden.

Vereitelung der beiden wesentlichen Interessen Frankreichs:

Die vorgeschlagene Kombination befriedigt außerdem keines der beiden wesentlichen Interessen, die Frankreich vertreten muß.

1. Betreffs der Bodenschätze: Das Eigentum an den Kohlengruben für ständige Dauer ist durch die Note des Präsidenten Wilson an Herrn Clemenceau vom 31. März festgestellt worden. Frankreich hat dargelegt, daß diese Kohle, auf die es zwecks Reparation Anspruch hat, ihm unentbehrlich ist für Frankreich selbst und für Elsaß-Lothringen. Die Note vom 8. April faßt nun die glatte und einfache Abtretung dieses Eigentumsrechts nach 15 Jahren ins Auge. Dies kann Frankreich nicht unterschreiben.

2. Betreffs des Gebietes in seiner Oberfläche: Auf den ersten französischen Antrag hat der Präsident der Vereinigten Staaten eingewandt, es gäbe in diesem, zum großen Teil französischen Gebiet zu viele eingewanderte Deutsche, als daß eine sofortige Vereinigung mit Frankreich annehmbar sei. Die französische Regierung hat sich am 29. März einverstanden erklärt, eine andere Lösung zu prüfen. Sie hat aber ständig erklärt, daß es in diesem selben Gebiet zu viele schon jetzt nach Frankreich gerichtete französische Elemente gäbe (!), als daß Frankreich darauf verzichten könnte, ihnen für die Zukunft ihr Recht auf Vereinigung mit Frankreich zu sichern. Damit nun diese Vereinigung in 15 Jahren das Ergebnis der freien Willensäußerung der Bevölkerung sein kann, ist die Mindestbedingung, daß man die Bevölkerung bis dahin der Bedrückung durch die preußische Verwaltung entzieht, die sie seit 100 Jahren erduldet.

Diese Verwaltung (Wahlen, Beamte usw.), deren Aufrechterhaltung die Note vom 8. April vorsieht, wird in der Tat den Deutschen den Vorteil des Terrors sichern, mit dem sie immer regiert haben, und wird den Bewohnern das fair chance der Befreiung entziehen, das Frankreich ihnen verschaffen will. Frankreich stimmt zu, daß alle Garantien, selbst die der Staatsangehörigkeit, den einzelnen Bewohnern gegeben werden, aber es kann nicht zugeben, daß das ihm übertragene wirtschaftliche und soziale Mandat jede Minute belastet wird durch die Ausübung der preußischen Souveränität und Verwaltung.

Um es zusammenzufassen, so ist die französische Regierung nach aufmerksamer Prüfung der Note des Herrn Präsidenten Wilson vom 8. April der Ansicht, daß diese Note

1. nicht die administrativen und politischen Klauseln enthält, die der Bericht der Sachverständigen vom 5. April zwecks Vermeidung von Konflikten für unerläßlich hält;

2. daß sie deswegen eine große Gefahr für örtliche und allgemeine Verwickelungen in sich birgt;

3. daß sie Deutschland ein ständiges Mittel der Obstruktion gegen die französische Ausbeutung der Kohlengruben des Beckens liefert;

4. daß sie nach Ablauf von 15 Jahren das durch die Note des Präsidenten Wilson vom 31. März gebilligte Eigentumsrecht Frankreichs an den Kohlengruben völlig in Frage stellt;

5. daß sie der Bevölkerung im Hinblick auf die vorgeschlagene Volksabstimmung nicht die nach 100 Jahren preußischer Bedrückung unerläßlichen Garantien gewährt.

Die französische Regierung wünscht demnach, sich an einen der Vorschläge von Herrn Lloyd George zu halten, die den von ihr selbst formulierten entsprechen.

Sie ist bereit, sie entsprechend den Anregungen des Herrn Präsidenten Wilson zu ergänzen:

a) durch eine Volksabstimmung nach 15 Jahren,
b) durch einen Schiedsgerichtshof, der den Auftrag hat, die bei der Anwendung der einen oder anderen dieser drei Lösungen möglichen Meinungsverschiedenheiten zu entscheiden."

In der Sitzung vom 9. April vormittags stimmte Lloyd George dem französischen Vorschlag vollkommen zu. Wilson leistete noch Widerstand und machte am selben Nachmittag einen neuen Vorschlag, wonach ohne Uebertragung eines Mandats an Frankreich die von ihm vorher angeregte schiedsgerichtliche Kommission zu einer Verwaltungskommission umgewandelt werden sollte. Tardieu stellte hierbei dem Präsidenten Wilson folgende drei Grundfragen:

1. Wird die deutsche Souveränität in der Schwebe gelassen werden?
2. Wird die Kommission alle Befugnisse haben einschl. des Rechts, Beamte abzuberufen?
3. Werden die Wahlen zum Reichstag unterbunden werden?

Wilson bejahte alle drei Fragen. Hierauf wurden Tardieu, Haskins und Morley mit der Ausarbeitung des Vertragstextes beauftragt. Am 10. April war der Text fertiggestellt.

In seiner Schlußbetrachtung zu der Entstehung des Saarstatuts macht Tardieu Bemerkungen, die deutlich erkennen lassen, daß er mit dieser Saarlösung nicht zufrieden war, weil die Verbündeten „durch ehrenhafte Bedenken zurückgehalten wurden und oft unfähig waren, die Dinge von demselben Standpunkte aus zu beurteilen wie Frankreich." Der französische Standpunkt war damals der, das Saargebiet sollte annektiert und gemeinsam mit Elsaß-Lothringen Frankreich einverleibt werden. Er nannte gleichwohl die Versailler Saarlösung „gerecht", „weil sie, auch in dieser Komplexität, allen auf dem Spiele stehenden Interessen Rechnung trägt." Tardieu befand sich mit seinen Annexionsabsichten durchaus in der Linie, die Briand bereits im Jahre 1917 aufzeichnete, als er mit Rußland die französisch-russischen Kriegsziele gegen Deutschland festlegte.

Wir werden durch die obigen Sätze aus der Denkschrift Tardieus daran erinnert, wie gerade er es war, der in Versailles versuchte, den deutschen Charakter des Saargebiets zu verfälschen, der dort von den „vielen eingewanderten Deutschen" sprach und von den „vielen schon jetzt nach Frankreich gerichteten französischen Elementen", deren „Recht auf Vereinigung mit Frankreich gesichert" werden mußte. Hier wiederholte also Tardieu dieselbe Lüge, die am Tage vorher Clemenceau in pathetischen Worten mit der Behauptung von den „150 000 Menschen, die Franzosen sind" aufgestellt hat. Tardieu ist es auch gewesen, der die Volksabstimmung forderte, jedoch nicht sofort, sondern erst nach 15 Jahren. „Diese Frist von 15 Jahren wurde gerade deshalb vorgesehen, um die Zeit handeln zu lassen." Tardieu ist es gewesen, der in einer anderen Note behauptete: „Schon heute wissen wir, daß die Mehrheit der Bevölkerung von Saarlouis bereit ist, ihre Wiedervereinigung mit Frankreich zu verlangen." Tardieu hat auch mehrfach in seinen Versailler Noten davon gesprochen, daß Preußen die Bevölkerung an der Saar terrorisiert habe, die deshalb dem preußischen Einfluß entzogen werden müßte und ähnliches.

Wir sind überzeugt, daß Tardieu heute, nachdem er die Vorgänge an der Saar in den vergangenen 10 Jahren sicherlich mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt hat, seine Auffassung über das Saargebiet geändert hat. Ihm werden die zahlreichen Kundgebungen im Saargebiet und gerade auch in Saarlouis bestimmt nicht unbekannt geblieben sein. Um so mehr wäre es erwünscht und aufrichtig gewesen, wenn er in seiner Regierungserklärung am 7. November und in seiner Diskussionsrede vom 9. November in der Kammer weniger zweideutig über die Saarfrage gesprochen hätte. Er sprach von einem anzustrebenden „Wirtschaftsregime des Saargebiets, ohne an die politischen Rechte der Bevölkerung zu rühren." Was heißt das? Es hätte dem französischen Ministerpäsidenten Tardieu besser gestanden, wenn er der Wahrheit die Ehre gegeben und erklärt hätte, daß man über die politische Gesinnung auch in Frankreich völlig unterrichtet und deshalb bereit sei, unter Berücksichtigung dieses Bevölkerungswillens eine wirtschaftliche Uebergangsregelung in ehrlicher Verständigung mit Deutschland anzustreben. Tardieu hat aber die Frage der Bevölkerungsmeinung und Volksabstimmung offen gelassen.

Unter diesen Umständen erscheint es gleich zu Beginn der deutsch-französischen Saarverhandlungen zweckmäßig, an

Frankreich die Frage zu richten, ob es die politische Seite der Saarfrage für so geklärt ansieht, daß man sie als Realität betrachtet und darauf die wirtschaftlichen Verhandlungen aufbaut. Im anderen Falle scheint eine wirtschaftliche Regelung unmöglich, weil sie von falscher Rechtsgrundlage ausgehen würde. Gerade Tardieu beweist uns durch seine Versailler Saarnoten, daß er die Saarfrage in erster Linie als politische Frage angefaßt wissen will — will er jetzt diese politische Frage in der Schwebe lassen und ihre wirtschaftliche Seite zu einem Handelsobjekt gestalten?

Briand ist hier etwas klarer und ehrlicher; er sagte in der großen Kammerdebatte zur Saarfrage am 8. November u. a.:

„. . . Man sagt, daß wir die Bergwerke des Saargebiets besitzen und ein Interesse daran haben, noch fünf Jahre im Saargebiet zu bleiben. Das ist falsch. Wenn in fünf Jahren die Volksabstimmung ungünstig für uns ausfällt, werden wir fortgehen müssen und verpflichtet sein, die Bergwerke zu verkaufen, ohne daß wir den Preis dafür festsetzen können; das werden dann Schiedsrichter tun. So haben wir jetzt ein wertvolles Pfand in der Hand. Es liegt in unserem Interesse, den größten Nutzen daraus zu schlagen, indem wir Abmachungen treffen, die über die vorgeschlagenen Termine hinausgehen . .“

Briand will aus der Saarfrage ein Sondergeschäft machen. Deutschland soll dafür einen Extrapreis zahlen, weil Recht und Gerechtigkeit und das — Prestige Frankreichs eine sofortige Rückgabe des Saargebiets an Deutschland erforderlich machen. „Eine Volksabstimmung an der Saar kann Frankreich nicht ertragen.“ Und trotzdem verzögert man in Frankreich den Beginn der Saarverhandlungen von Woche zu Woche. Mit dem guten Willen zur Verständigung und Kriegsliquidierung ist es in Frankreich trotz aller schönen Ministerreden und Parteitagsentschließungen schlecht bestellt. Wie sagte doch der jetzige Reichswirtschaftsminister Prof. Dr. Moldenhauer in seiner Rede auf dem Heidelberger Bundestag der „Saarvereine“ mit vollem Recht:

„Will man Friedensfreund sein und nicht sein frivoles Spiel treiben, dann betone man es durch die Tat. An Frankreich ist es, zu beweisen, daß es ernstlich Verständigung und Frieden will.“

Die wirtschaftlichen Probleme bei der Rückgliederung des Saargebietes

Von Gerichtsassessor Lütke.*

Die Rückgliederung des Saargebietes ist mit einem für das Weiterleben des Patienten notwendigen operativen Eingriff zu vergleichen. Eine solche Operation muß in der Ausführung wohl überlegt sein, und es muß Vorsorge getroffen werden, daß der Patient die bei der Operation unvermeidliche Schädigung seines Allgemeinbefindens in der erforderlichen Zeit der Rekonvaleszenz überwindet. Unter diesen Voraussetzungen wird niemals zu zögern sein, wenn die Frage, ob Operation oder nicht, gestellt wird, und es wird vor allem der Vorzug frühzeitiger Operation, sobald sie einmal als unbedingt notwendig erkannt ist, für den Termin ihrer Ausführung ausschlaggebend sein. Genau dieselben Erwägungen müssen bei dem bevorstehenden operativen Eingriff in das Wirtschaftsleben des Saargebietes angestellt werden. Die Frage ist, ob die Voraussetzungen da sind oder geschaffen werden können, unter denen sofort an die Operation herangegangen werden darf und muß.

Da es sich hier nur um die wirtschaftlichen Probleme der Rückgliederung des Saargebietes handelt, ist von der politischen Seite der Frage nur das wichtigste hervorzuheben und zunächst festzustellen, daß die baldige Rückgliederung des Saargebietes, die von der ganzen Bevölkerung einhellig verlangt wird, heute ein politisch völlig reifes und zur sofortigen Lösung drängendes Problem ist, wobei die Lösung nur darin bestehen kann, daß das Saargebiet vollständig unter die Regierungsgewalt des Reichs, Preußens und Bayerns zurückkehrt. Dabei ist auch die Frage klar, daß nicht etwa beabsichtigt werden kann, aus dem Saargebiet ein kleines, besonderes Staatsgebilde im Verband des Deutschen Reiches zu machen, sondern daß die alte politische Stellung des Saargebietes beibehalten werden muß. Ueber die politische Seite der Rückgliederung dürfte auch in den ernsthaften französischen Kreisen irgendeine Unklarheit nicht mehr bestehen.

Auf wirtschaftlichem Gebiete liegen die Dinge nicht so einfach zutage wie auf politischem Gebiete. Es ist erklärlich, daß eine gewisse Unruhe das wirtschaftliche Leben erfaßt, solange noch Unklarheit über die zukünftige wirtschaftliche Gestaltung besteht. Es erscheint aber doch schon möglich, ein einheitliches Bild zu gewinnen, wenn auch diesem Bild notwendigerweise eine Reihe Einzelheiten fehlen. Von den wirtschaftlichen Fragen interessieren heute am allermeisten die Probleme, deren Lösung bei den in wenigen Wochen beginnenden Pariser Verhandlungen durch Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich erfolgen muß. An Aktualität zwar, aber nicht an Bedeutung treten dahinter diejenigen Probleme zurück, deren Lösung eine rein innerdeutsche Angelegenheit ist. Um ein vollständiges Bild zu erhalten, muß man beide Problemgruppen gemeinsam behandeln, was auch deswegen notwendig ist, weil manche Fragen sowohl zunächst in deutsch-französischen Abmachungen und dann durch innerdeutsche Maßnahmen zu regeln sind. Trotzdem ist das Hauptgewicht der Darstellung auf die erste Gruppe der Probleme zu legen, weil sie am brennendsten sind.

Neben der Frage der restlosen politischen Rückgliederung des Saargebietes stehen demnächst in Paris drei wichtige wirtschaftliche Fragen im Mittelpunkt, und um ihre Lösung wird voraussichtlich das Ringen der beiderseitigen Delegationen gehen. Es handelt sich um die Frage des Rückkaufs der Saargruben und des dafür zu zahlenden Kaufpreises, um die Frage der künftigen Kohlenlieferungen nach Frankreich und um die Frage der künftigen übrigen handelspolitischen Beziehungen zwischen dem Saargebiet und Frankreich. Wie die Lösung dieser Fragen mit der rein politischen Seite zusammenhängt, so hängen diese Fragen auch untereinander wieder zusammen. Was die Frage des Rückkaufs der Saargruben angeht, so ist diese im Versailler Vertrag für den Fall vorgesehen, wo nach erfolgter Volksabstimmung das Saargebiet politisch nach Deutschland rückgegliedert wird. Soweit nicht zwischen Deutschland und Frankreich über den Rückkauf schon zu einem früheren Termin eine Einigung erfolgt ist oder anläßlich der politischen Rückgliederung erfolgt, entscheidet über den Rückkaufspreis ein Schiedsgericht. Nach dem Versailler Vertrag hat Frankreich auch das Recht, von Deutschland Lieferungen von Saarkohle zu verlangen, und wenn auch darüber eine Einigung nicht erfolgt, dann wird die erforderliche Regelung durch den Völkerbundsrat getroffen.

Es handelt sich bei den jetzigen Verhandlungen darum, durch eine friedliche Verständigung den alsbaldigen Rückkauf der Saargruben und auch die Kohlenlieferungen nach Frankreich zu regeln. Was den Preis der Kohlengruben anlangt, so darf darauf verwiesen werden, daß Frankreich seinerzeit, als es sich darum handelte, den Wert der übereigneten Saargruben auf die ihm nach dem Spa-Schlüssel zustehenden Reparationszahlungen anzurechnen, diesen Preis mit 300 Millionen Mark, allerdings unter Vorbehalt späterer genauer Berechnung, angegeben und daß die Reparationskommission am 11. März 1922 entsprechend diesem Vorschlag die Anrechnung vorgenommen hat. Frankreich hat dann ferner den Wert der Kohlengruben bei den im März 1924 stattgefundenen Verhandlungen mit der Regierungskommission über die Steuerleistung der Gruben mit 346 Millionen Mark beziffert. Es hat also 1924 den Preis 46 Millionen Mark höher angesetzt als früher. Diese zwei Zahlen von 300 Millionen und 346 Millionen Mark werden sicherlich bei den Erörterungen über den Rückkaufspreis französischerseits ins Feld geführt werden.

* Aus seinem Vortrag auf dem Schutzvereinstag in St. Ingbert am 29. 9. 29.

Demgegenüber wird man deutscherseits den wirklichen Wert der Saargruben betonen müssen, wobei die Art und Weise, wie der Bergbau betrieben worden ist und wird, eine Rolle spielen wird. Ganz abzulehnen wäre natürlich das Verfahren, etwa die bisherigen Gewinne der Grubenverwaltung als Wertmesser zu nehmen. Es ist natürlich überaus schwer zu sagen, wie hoch der Wert der Gruben richtigerweise zu schätzen ist und auf welchem Preis die Einigung erfolgen kann und wird. Notwendig dürfte sein, daß der deutschen Seite Gelegenheit gegeben wird, die Gruben anläßlich der Verhandlung genau auf ihren augenblicklichen Zustand zu prüfen. Erst wenn das erfolgt ist, dürfte eine gebührende Unterlage für eine Kaufpreiseinigung vorliegen.

Von der französischen Presse wird nun bei der Behandlung des Grubenrückkaufs die Ansicht vertreten, Frankreich müsse an den Gruben weiter beteiligt sein. Bekanntlich wird diese Forderung französischerseits nicht nur erhoben, weil sich dahinter der Wunsch verbirgt, als Konzession günstige Bedingungen für die künftigen Kohlenlieferungen der Saar nach Frankreich herauszuholen. Vielleicht spielt man auch mit dem Gedanken, durch die Forderung einer Beteiligung irgendwelcher Art besondere Sicherheiten für die Innehaltung der Kohlenlieferungsverpflichtungen zu erhalten. Die künftigen Kohlenlieferungen sind nämlich zweifellos eine der stärksten Triebfedern für Frankreich, die Lösung der Saarfrage jetzt in schiedlich-friedlicher Weise zu erreichen; vielleicht neben dem Wunsch, die Abstimmung zu vermeiden, die stärkste dieser Triebfedern. Frankreich hat ein unzweifelhaftes Bedürfnis nach Saarkohle. Nun ist es klar, daß Frankreich annehmen zu können glaubt, daß es jetzt bei einer friedlichen Lösung hinsichtlich der Kohlenlieferung besser wegkommt, als das im Jahre 1935, wo der Völkerbundsrat entscheiden müßte, der Fall sein würde. Deutscherseits wird man durchaus bereit sein können, durch Kohlenlieferungsverträge die lothringischen Wünsche zu befriedigen, befriedigt man damit zugleich doch auch die Absatzwünsche der Saarkohle. Saarländischer Absatz und lothringisches Empfangsbedürfnis treffen also aufeinander und drängen nach einer friedlichen Lösung.

Vom Saarstandpunkt und von dem der gesamten deutschen Kohlenwirtschaft sieht die Sache so aus, daß die Kohle, die nach Frankreich abgesetzt wird, nicht die sonstigen Kohlenabsatzmärkte, vor allem den süddeutschen Markt, belasten muß. Die Frage der Kohlenlieferung nach Frankreich stellt sich gleichzeitig dar als eine Teilfrage der handelspolitischen Beziehungen des Saargebietes mit Frankreich. Sie hängt sehr stark zusammen mit dem Umstand, daß auf dem Gebiet des Erzes die Lage ganz entsprechend, aber nur umgekehrt ist. Frankreich besitzt die Erzgruben, die ein starkes Absatzbedürfnis haben, denen das Empfangsbedürfnis der auf die lothringischen Erze angewiesenen Saarhüttenindustrie entgegenkommt. Auch hier zeigt sich sofort die Möglichkeit eines Ausgleichs.

Frankreich hat dann weiter auf handelspolitischem Gebiet große Wünsche, seinen bisherigen Absatz im Saargebiet in möglichst großem Umfange und möglichst lange sicherzustellen. Dieser Wunsch ist in vielen französischen Presseäußerungen besonders in den Vordergrund gestellt worden, wobei mit übertriebenen Zahlen über den tatsächlichen Absatz operiert wurde. Es geht aus den bisherigen französischen Aeußerungen hervor, daß Frankreich auf den Absatz, den es nach dem Versailler Vertrag bis 1935 genießen würde, besonders Gewicht legt. Dabei wird verschwiegen, daß dieser Absatz nicht etwa durch den Versailler Vertrag garantiert ist, sondern daß er nur besteht, weil Deutschland das Saargebiet durch das im Versailler Vertrag nicht vorgesehene zollfreie Hereinlassen der saarländischen Erzeugung als lebensfähigen Abnehmer französischer Waren erhalten hat; ohne das deutsche Entgegenkommen wäre die ganze Saarwirtschaft längst zusammengebrochen, und es könnte daher auch kein nennenswerter Absatz Frankreichs nach dem Saargebiet stattfinden. Frankreich glaubt nun auch auf diesem Gebiet jetzt durch eine friedliche Abmachung mehr erreichen zu können als im Jahre 1935möglich wäre. Es liegt bei diesen Wünschen aber anders wie bei Erz und Kohle, wo jeweils Absatz auf der einen und Empfangsbedürfnis auf der anderen Seite gegeben war.

Das Saargebiet kann zweifellos, wenn auch zunächst mit gewissen Uebergangsschwierigkeiten, ohne die französische Ware auskommen, so daß also bei diesen handelspolitischen Wünschen Frankreichs nur das französische Lieferbedürfnis in Frage kommt. Es steht aber den französischen Wünschen nach Einfuhr in das Saargebiet etwas anderes als Ausgleich gegenüber, das ist der zweifellos gegebene Wunsch des Saargebietes, seine Erzeugnisse nach Frankreich abzusetzen, und damit kann in beiderseitigem Interesse der notwendige Ausgleich geschaffen werden. Wenn also Frankreich seine Absatzwünsche betont, so kann es sich dabei nur darum handeln, daß eine Lösung gefunden wird, in der wechselseitig für französische Waren, die in das Saargebiet hineingehen, und umgekehrt, für saarländische Waren, die nach Frankreich gehen, besondere zollpolitische Möglichkeiten geschaffen werden. Eine solche Lösung würde zunächst den unbedingt vorhandenen starken wirtschaftlichen Beziehungen des Saargebietes mit Frankreich und besonders mit Elsaß-Lothringen gerecht werden. Sie würde ferner im Interesse der deutschen Gesamtwirtschaft liegen, denn ähnlich wie bei der Kohle würde jede saarländische Ware, die Absatz in Frankreich verlieren würde, den deutschen Absatzmarkt belasten.

Es wird allerdings schmerzlich für das übrige Deutschland sein, wenn ihm durch Vergünstigungen für französische Waren der saarländische Absatzmarkt nicht restlos und unstreitig zur Verfügung gestellt wird. Dabei ist allerdings zu sagen, daß für die Zeit bis 1935 immerhin eine Besserstellung gegen den bisherigen Zustand erreicht wird, weil künftig deutsche Ware im Saargebiet nicht mehr unter Zollvorbelastung mit der französischen Ware konkurrieren müßte. Ferner ist zu sagen, daß die Hereinnahme landwirtschaftlichr Erezeugnisse aus Frankreich der schwer um ihre Existenz ringenden saarländischen Landwirtschaft und ebenso der Landwirtschaft des Saargrenzgürtels eine besonders empfindliche Konkurrenz im Saargebiet bereiten wird und daß diese Landwirtschaft bei einer solchen Lösung in ihrer Hoffnung getäuscht wird, durch Absatz im Saargebiet ohne französische Konkurrenz ihre mißliche Lage zu verbessern. Es ist natürlich unerwünscht, daß viellcicht diese deutschen landwirtschaftlichen Interessen gefährdet werden, geschieht es aber, dann muß der Landwirtschaft auf anderem Wege geholfen werden.

Die vorstehende kurze Darlegung der in Paris zur Debatte stehenden Wirtschaftsfragen läßt erkennen, daß eine Lösung durchaus möglich erscheint, und zwar eine Lösung, die im Interesse aller Beteiligten liegt, wobei unter den Beteiligten das Saargebiet, die übrige deutsche Wirtschaft und Frankreich zu verstehen ist. Und eines ist nun besonders zu betonen. Im Interesse aller Beteiligten ist eine baldige Lösung anzustreben. Sie bietet der Betätigung wirtschaftlicher Vernunft sicherlich größeren Spielraum, als er bei einer erst nach den Buchstaben des Versailler Vertrages im Jahre 1935 erfolgenden Rückgliederung nach vorangegangener Abstimmung gegeben wäre.

Was das Saargebiet selbst und mit ihm die ganze deutsche Wirtschaft angeht, so bringt eine frühe Rückgabe der Kohlengruben die Möglichkeit, die unbedingt notwendige Rationalisierung des Kohlenbergbaues vorzunehmen und damit den Vorsprung anderer Kohlenerzeugungsgebiete nicht zu groß werden zu lassen. Die Handelskammer hat vor kurzem ihre Auffassung von der Möglichkeit der baldigen Rückgliederung mit den Worten gekennzeichnet, daß ein „gutes Geschäft" möglich sei, wobei unter gutem Geschäft wirtschaftlich immer ein solches zu verstehen sei, bei dem alle Beteiligten ihren Vorteil sähen. So schwer es ist, über das Ergebnis der Pariser Verhandlungen zu prophezeien, so kann man doch die Hoffnung aussprechen, daß das erwünschte gute Geschäft herauskommt. Dabei ist noch ein ganz großer Gesichtspunkt zu beachten, daß nämlich eine wirtschaftsvernünftige Verständigung über die Saarfrage weit über die Grenzen dieses Gebietes hinaus ihre Bedeutung hat als ein Markstein auf dem Wege zur wirtschaftlichen Befriedung Europas durch Niederlegung unnatürlicher Handelshemmnisse, einem Wege, an dessen Endpunkt die von Herrn Briand gepriesene und von Herrn Stresemann begrüßte Lösung der Vereinigten Staaten von Europa steht.

Im Zusammenhang mit den in Paris auf Grund deutsch-französischer Vereinbarungen zu lösenden Fragen stehen die wirtschaftlich bedeutsamen Rückgliederungsprobleme, deren Lösung eine innerdeutsche Angelegenheit ist. Besondere Beachtung verdient das Verkehrsproblem, das von allergrößter Bedeutung für die Kohlenwirtschaft und die ganzen Saarindustrien ist. Gelingt die Lösung der Verkehrsfrage und tritt eine günstige Regelung der Absatzfrage für die Saarkohle nach Osten wie nach Westen hin ein, dann ist es auch durchaus möglich, künftig durch eine großzügige Kohlenpreispolitik gegenüber der Saarindustrie deren Zukunft sicherzustellen, indem diese dann ohne Gefährdung die nach der Rückgliederung eintretenden Steigerungen des Lohn- und sonstigen Unkostenkontos tragen kann.

Diese ganzen Fragen sind überaus eng miteinander verknüpft, aber wenn man sie zusammenfassend betrachtet, dann erkennt man gerade hier die große Linie, die eine Lösung ermöglicht. Mit dem schon erwähnten Gebiet der Löhne hängt zusammen, daß eine Neuregelung der Wohnungsmietfrage erfolgen muß und ferner die Frage der Erweiterung der saarländischen Sozialgesetzgebung.

Ein besonders Kapitel bildet dann die Frage der künftigen Steuerbelastung für die Saarwirtschaft. Es ist sehr schwer, sich darüber ein Bild zu machen, wie sich die Steuerbelastung nach der deutschen Reichsgesetzgebung gegen die heutige saarländische Besteuerung verhält. Dieser Vergleich bietet dieselben Schwierigkeiten wie irgendein sonstiger internationaler Steuervergleich. Die Handelskammer ist augenblicklich mit Erhebungen beschäftigt, um durch konkrete Untersuchungen bei einer Reihe typischer Firmen bessere Unterlagen für den Steuervergleich zu gewinnen. Es wird sich sicher bei näherer Untersuchung herausstellen, daß die Gesamtsteuerlast im übrigen Deutschland etwas höher als hier ist. Besonders betont werden muß, daß unbedingt aus technischen Gründen ein Uebergangsmodus auf dem Steuergebiet erforderlich ist. Es liegt auf der Hand und wird sicherlich auch von den maßgeblichen deutschen Stellen nicht verkannt, daß dieser technische Uebergangszeitpunkt — vor allem bedingt durch die Möglichkeit einer Goldbilanzierung und einer Neuordnung der Gemeindefinanzen — die Möglichkeit bietet, für den Uebergang dem Saargebiet auf steuerlichen Gebiete Entgegenkommen zu erweisen und eine etwaige Steuermehrbelastung erst nach und nach und nach längerem Ueberganszeitraum eintreten zu lassen. Geschieht dies, so entspringt das der Erkenntnis, daß es besser ist, der in Uebergansnöten befindlichen Wirtschaft nicht erst Gelder zu entziehen, die man ihr dann vielleicht wieder in Gestalt von Subventionen irgendwelcher Art zuleiten muß. Auf dem Gebiet der Währung sind wohl kaum nennenswerte Schwierigkeiten zu erwarten. Die zu erwartenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten liegen fast alle in der Richtung der Gefahr einer Unkostenverteuerung, und es gilt, diese Unkostenverteuerung möglichst wieder auszugleichen, wozu die Rationalisierung der Wirtschaft erforderlich ist. Die Auswirkung die eine etwaige Unkostenverteuerung haben kann, hängt naturgemäß ganz wesentlich davon ab, wie sich die Kaufkraftangleichung in Frankreich entwickelt. Heute hat Frankreich als Auswirkung der Inflation immer noch ein besonders niedriges Unkostenniveau. Ein besonderes Interesse hat dann ferner die Frage, wie sich die Lebenshaltung im Saargebiet entwickeln wird, und hierbei ist zu beachten, daß durch den Wegfall der Zollbelastung auf die deutsche Ware sich eine Senkung der Preise ergeben muß.

Das entworfene Gesamtbild der wirtschaftlichen Rückgliederungsprobleme ist dann noch von den speziellen Gesichtspunkten des Handels zu beleuchten. Der Handel hat in erster Linie bei seiner engen Verwachsenheit mit der übrigen saarländischen Wirtschaft, insbesondere also mit dem Bergbau und der Industrie, das Interesse daran, diese beiden lebensfähig zu sehen. Die Einzelwünsche des Handels liegen vor allem auf dem Gebiete des Verkehrs, der Freilassung von Zollformalitäten usw. Insbesondere muß der Handel bei Oeffnung der Zollgrenze gegenüber dem übrigen Deutschland vor Schädigungen bewahrt werden. Sicherlich wird man eine lange Zeit im voraus wissen, wann der Rückgliederungstermin kommt, so daß nachher die Wirtschaft Zeit hat, die erforderlichen Dispositionen zu treffen, soweit nicht automatisch die zu erwartenden Uebergangsmaßnahmen solche besonderen Dispositionen unnötig machen. Die künftige Zollabwicklung muß durch die Schaffung großzügiger Einrichtungen an der künftigen Zollgrenze gegen Frankreich erleichtert werden, wobei vor allem die Frage von Gemeinschaftsbahnhöfen im Auge zu behalten ist.

An die sicher nicht leichten wirtschaftlichen Probleme der Rückgliederung muß mit optimistischer Tatkraft herangegangen werden. Die Saarwirtschaft hat während und nach dem Kriege schon schwierigere Umstellungsprobleme bewältigt. Für die kommende Umstellung hat man den besonderen Vorteil, daß das ganze übrige Deutschland und seine Wirtschaft bereitstehen, um die Schwierigkeiten auf das geringste Maß herabzudrücken. Notwendig ist, daß die Saarwirtschaft mit der ganzen Saarbevölkerung, die mit ihr eines Sinnes ist, zusammensteht. Das Saargebiet kehrt zurück in die deutsche Gesamtwirtschaft, die sicherlich ebenso wie die übrige Wirtschaft der Welt noch nicht aus allen Schwierigkeiten heraus ist. Das Saargebiet wird an dem Kampf um die Gesundung der deutschen Wirtschaft tatkräftig mitarbeiten müssen. Auch in dieser Beziehung ist eine optimistische Einstellung durchaus gerechtfertigt, um das Ziel zu erreichen: Eine gesunde Saarwirtschaft im Rahmen einer großen und freien deutschen Gesamtwirtschaft innerhalb des freien deutschen Vaterlandes.

Ein Steuergeschenk der Saar-Regierung?

Die Regierungskommission des Saargebiets veröffentlicht in der letzten Nummer ihres Amtsblattes folgende Bekanntmachung: „Auf Grund des § 105 Abgabenordnung werden die nach § 51 Absatz 1 der Einkommensteuer-Verordnung zum 15. November 1929 fällig werdenden Einkommensteuer-Vorschüsse der natürlichen Personen für das vierte Vierteljahr 1929 bis auf weiteres ohne Verzinsung gestundet." Das heißt im Saargebiet werden die staatlichen Einkommensteuern für das gesamte Vierteljahr nicht zur Erhebung gelangen, indem die Stundung durch eine spätere Niederschlagung perfekt gemacht wird. Ein Steuergeschenk der Regierungskommission? wird man fragen. Wo gibt es wohl noch ein Land, das sich in einer solch glänzenden finanziellen Lage befindet, seinen Bürgern ein Vierteljahr die Steuern zu schenken? Die Welt wird aufhorchen und nach diesem glücklichen Lande Umschau halten. Gibt es einen besseren Beweis für die — Tüchtigkeit der Völkerbundsregierung im glücklichen Saarland? Wie kommt es, daß die von einer deutschen Propaganda irregeführten Saarländer die — vorbildliche Regierung, mit Respekt zu sagen, zum Teufel wünschen? Haben die französischen Kulissenschieber nicht recht, wenn sie für das Saargebiet zum mindesten die Aufrechterhaltung der Autonomie unter der Völkerbundsregierung und unter dem Anschluß an das französische Zollsystem erstreben?

So viel Fragen, so viel Irreleitungsabsichten. Die Franzosen sprechen ja immer von dem reichen Saargebiet. Bedarf es eines besseren Beweises dafür als des gnadenvollen Steuererlasses einer wohlfürsorglichen Regierung, möchte man fragen. Von diesem Steuererlaß wurde hier schon allerhand gemunkelt. Daß er den Steuerzahlern unangenehm wäre, wird man nicht gerade sagen können. Aber ein Geschenk sozialer Gesinnung der fremden Regierung? Mit nichten! Stammt es doch erst aus den Taschen der Steuerzahler selbst. Aus den Steuer- und Zolleingängen hat die Regierungskommission Fonds von beträchtlicher Höhe ansammeln können, wobei sie die Wünsche nach einer Steuersenkung unbeachtet ließ. Diese Fonds sind denn ja auch schon verschiedentlich Anlaß zu einer Kritik gegenüber der Regierungskommission gewesen, besonders deshalb, weil sie bis auf einen geringen Teil zu auffällig niedrigem Zins an französische Banken gegeben wurden die damit aus den Steuererträgnissen des Saargebiets erhebliche Zinsgewinne zogen! Erst neuerdings wieder hat die deutsch-saarländische Volkspartei an die Regierungskommission den Antrag gerichtet, diese Fonds aufzuteilen und die Mittel den Gemeinden zur Durchführung von Notstandsarbeiten und überhaupt von sonstigen dringlichen Projekten zur Verfügung zu stellen, um einer zu befürchtenden Verschärfung der Arbeitslosigkeit im kommenden Winter vorzubeugen. Begründet wurde dieser Antrag damit, daß einmal die angesammelten erheblichen Beträge der Fonds für den gedachten Zweck der Sicherung der Finanzverwaltung in dieser Höhe nicht nötig seien, und daß zum anderen in Rücksicht auf die bevorstehende Rückgliederung des Saargebiets zum Reiche für diese Fonds erst recht keine Notwendigkeit mehr bestehe. Eine Antwort auf diesen Antrag wird wohl kaum erfolgen. Auch der „Saarbergknappe" hat öffentlich auf die Notwendigkeit der Verwendung der Mittel der Fonds für soziale Aufgaben im Saargebiet selbst hingewiesen.

Die jetzige Steuergabe wird hier lediglich als eine Geste der Regierungskommission nach außen gewertet, die erst dadurch ihr richtiges Gesicht erhält, wenn man an die vielen Steuerpfändungen denkt, mit Hilfe deren die

Steuerrückstände aus der verarmten Bevölkerung herausgepreßt wurden. Wenn gleichzeitig ein so hoher Steuerüberschuß vorhanden war, daß man ihn jetzt durch eine Steuerschenkung herabsenkt, dann zeigt sich die Wohlfahrtsfürsorge der Regierungskommission noch in einem merkwürdigeren Lichte. Vergessen wolle man auch nicht, daß die Steuerspanne hier noch weit gerechter gewesen wäre, wenn die Saarregierung gegen die steuerliche Bevorzugung des französischen Grubenfiskus mit der nötigen Energie Stellung genommen hätte.

Im übrigen hat diese ganze Steuersenkungsaktion der Saarregierung verdammt viel Aehnlichkeit mit einem politischen Köder, den man jetzt zu Beginn der Saarverhandlungen auslegt, um Dumme zu fangen. Man möchte saarabische Fleischtöpfe suggerieren, die doch in Wirklichkeit nur einen Inhalt, der der Saargebietsverwaltung schon recht sauer aufgestoßen ist, haben. r.

Ergänzung des Reichskabinetts

Durch den Tod des langjährigen Reichsaußenministers Dr. Stresemann wurde die Neubesetzung dieses wichtigen Postens notwendig. Von der Persönlichkeit des Leiters der deutschen Außenpolitik hängt heute mehr denn je die Entwicklung der außenpolitischen Stellung Deutschlands in der Zukunft ab, da wir uns zur Zeit in einem Stadium grundsätzlicher Klärung der internationalen Beziehungen Deutschlands zu seinen früheren Feinden befinden. In Genf hat man es die Politik der Gesamtliquidierung des Krieges genannt. Das befremdliche Verhalten des britischen Schatzkanzlers Snowden in der Liquidationsfrage, die Winkelzüge des vergangenen und des neuen französischen Kabinetts lassen immer mehr den Eindruck zu, als ob man aus der Genfer Parole lediglich ein Schlagwort machen möchte, dazu bestimmt, besonders in Deutschland gutgläubige Geister einzufangen und einzulullen.

Der Reichspräsident hat auf den Vorschlag des Reichskanzlers den seitherigen Wirtschaftsminister Dr. Curtius zum Reichsaußenminister ernannt. Dr. Curtius ist ein langjähriger persönlicher und Parteifreund, weiter ein zielbewußter und verständnisvoller Mitarbeiter des verstorbenen Dr. Stresemann. gewesen. Dr. Curtius hat als Reichswirtschaftsminister mit in vordersten Reihe derjenigen Persönlichkeiten gestanden, die an der Entwicklung und Gestaltung der schwebenden außenpolitischen Fragen ressortmäßig mitzuarbeiten berufen waren; denn bei all diesen internationalen Fragen herrschte das wirtschaftspolitische Moment vor. Dr. Curtius hat neben Dr. Stresemann die Hauptverhandlungen geführt und hat dort zum Teil sehr energisch den deutschen Standpunkt zu vertretenverstanden. Herrn Snowden gegenüber war das mehr als einfach notwendig und auch die französische Begehrlichkeit mußte oft in die notwendigen Schranken verwiesen werden.

Die nächsten Wochen und Monate werden die Saarfrage besonders stark in den Vordergrund stellen. Herrn Dr. Curtius ist dieses Problem keineswegs fremd; er hat in seiner Eigenschaft als Wirtschaftsminister sehr oft sich mit den wirtschaftlichen Fragen des Saargebiets befassen müssen, besonders auch mit Fragen, die sich auf die Rückgliederung beziehen. Wenn in nächster Zeit Entscheidungen an ihn in der Saarfrage herantreten werden, so treten sie an einen Vertrauten, an einen Sachkenner und an einen warmherzigen Förderer der Saarbevölkerung und Saarwirtschaft heran.

Wir begrüßen daher die Ernennung des Herrn Dr. Curtius zum Reichsaußenminister, weil wir hoffen, daß er sich mit seiner ganzen Person für eine gerechte Lösung der Saarfrage einsetzen wird.

Das gleiche Vertrauen bringen wir dem neuen Reichswirtschaftsminister Prof. Dr. Moldenhauer entgegen, der dem Saar-Verein kein Fremder ist. Er gehört seit langem seinem parlamentarischen Beratungsausschuß an. Auf unserer Heidelberger Bundestagung hatte er ein Referat über die deutsch-französische Verständigungsarbeit unter besonderer Berücksichtigung der Saarfrage übernommen, das im In- und Ausland starke Beachtung gefunden hat. In seinem neuen Tätigkeitsbereich werden die wirtschaftlichen Saarfragen voraussichtlich schon in nächster Zeit besonders dringlich an ihn herantreten. Prof. Moldenhauer wird sich nicht von ihnen überraschen lassen, sondern durchaus im Sinne seiner Heidelberger Ausführungen von Frankreich den Beweis verlangen, daß es ehrlich eine Verständigung mit Deutschland will — auch in der Saarfrage.

Das Saargebiet sieht mit Erwartung auf die neuen Männer im Reichskabinett, die mit sein künftiges Schicksal in Händen tragen. Wir glauben, daß das Saargebiet sowohl dem neuen Leiter der deutschen Außenpolitik wie dem neuen Führer deutscher Wirtschaftspolitik vertrauen darf. Kenntnis, Erfahrung und fester Wille steht ihnen zur Seite; möge es ihnen vergönnt sein, recht bald das Saargebiet freizumachen und heimzuführen.

Dr. Kaas über Haag und Saar

In einer Zentrumsversammlung in Saarbrücken verbreitete sich kürzlich der Führer des Reichszentrums, Prälat Dr. Kaas, ausführlich über die deutsche Innen- und Außenpolitik und kam dabei auch auf die durch die Genfer Besprechungen im Dezember vorigen Jahres und durch die Haager Konferenz aufgeworfene Frage der Gesamtliquidierung des Krieges zu sprechen. Er erklärte hierzu u. a.:

Es gibt eine Grenze des Entgegenkommens und der deutschen Verständigungsbereitschaft, diese Grenze ist meiner Ueberzeugung nach im Augenblick mindestens erreicht. Wir sind mit der Dokumentierung unserer Friedens- und Verständigungsbereitschaft weitergegangen als von uns mit Recht hätte erwartet werden können, und wir sind jetzt auf Grund dieser ehrlichen Dokumentierung unserer Friedensbereitschaft wahrhaftig im Recht, wenn wir verlangen, daß endlich die Rückwirkungen eintreten, die schon viel früher eigentlich im Interesse der Gerechtigkeit und Billigkeit fällig gewesen wären.

Seit dem letzten September in Genf, seit dem nicht übermäßig gut geglückten Communiqué, welches die Verhandlungen des Reichskanzlers Müller mit der Gegenseite abschloß, hat sich teilweise hinter den Kulissen, teilweise in offiziellen Beratungszimmern der Staatsmänner ein Kampf entwickelt, um die sogenannte Liquidierung des Krieges. Wir sind in Gefahr, auch mit dem Wort Liquidierung des Krieges etwas voreilig zu sein. Solange die Artikel des Versailler Vertrages noch wie ein Damoklesschwert über uns hängen, die jeden Augenblick im Falle deutscher Verfehlungen die sogenannten Wiederbesetzungsrechte in Kraft setzen können, solange haben wir kein Interesse, den deutschen Rhein für befreit zu erklären. Wir nehmen ja der deutschen Volksseele selbst den ganzen Elan zum weiteren Kampf, wenn wir jetzt schon sagen, der Rhein ist frei. Ich hoffe, daß unter den saarländischen Bahnen nicht so viel Leidtragende sein werden, wie anscheinend jetzt in den rheinländischen Bahnen, wo man jetzt festgestellt hat, daß ein Doppelgleis oder eine Laderampe eine Bedrohung der Sicherheit unseres Nachbars sei. Ich bestreite nicht die juristische Möglichkeit, aus den berühmten bzw. berüchtigten Artikeln 42 bis 43 des Versailler Vertrages nachweisen zu können, daß damals diese Rampe oder jenes zweite Geleis hauptsächlich aus militärischen Gründen gebaut worden ist. Aber wenn die Gegenseite wirklich liquidieren will, dann glaube ich, ist es wahrhaftig eine schlechte Psychologie, sich ausgerechnet in dem Augenblick, wo man im Haag zur Endliquidierung zu schreiten vorgibt, mit derartigen Kleinigkeiten zu befassen, die, im ganzen gesehen, für die Sicherheitsfrage nichts bedeuten. Im Zeichen der Flugzeuge, der Zeppeline, einer technischen Weiterentwicklung gigantischer Ausmaße, da kommt man mit dem Hinweis auf ein paar lächerliche Bahngleise, auf ein paar Laderampen, die von der deutschen Reichswehr schon deshalb nicht benutzt würden, weil im Ernstfall wahrlich andere Methoden in Frage kommen.

Glaubt man denn wirklich, mit derartigen Kleinigkeiten könne man die Sicherheitsfrage lösen?

Ich war, bin und bleibe überzeugter Anhänger einer ehrlichen Verständigungspolitik zwischen den beiden großen und bestimmenden Völkern und Staaten Mittel- und Westeuropas Deutschland und Frankreich. Ich sehe gar keine Möglichkeit, dem europäischen Frieden zu dienen und den europäischen Wirtschaftsfortschritt zu ermöglichen, wenn wir nicht alle diesen Gedanken ehrlicher Verständigung haben. Aber dann sage ich auch eines: der Weg zu dieser Verständigung geht über den Weg des Vertrauens, nicht über den der Zerstörung von ein paar Bahngleisen. An dem Tage, wo Deutschland in Genf einzog, hätte Genf im Saargebiet ausziehen müssen. Das wäre Logik gewesen, das wäre völkerrechtlich geradlinig gewesen, das wäre staatsmännisch weise gewesen und das wäre europäisch schöpferisch gewesen. Und wenn dann die beiden Nachbarvölker als freie und selbständige Verhandlungspartner sich an den Tisch gesetzt hätten, würden wir in einem solchen Falle nicht alle in einer ganz anderen Seelenbereitschaft an diese Verhandlungen herangetreten sein, würde dann nicht wirklich etwas von dem Geiste europäischer Verständigung und Gemeinschaftspolitik über uns geschwebt haben und würde nicht jeder von uns es dann als selbstverständliches nobile officium seines Landes betrachtet haben, nicht kleinlich zu sein, sondern den Grundsatz leben und leben lassen für diese Verhandlungen anzuerkennen?

Wer ist es denn noch, der das Saarexperiment verteidigt? Gibt es überhaupt unter den ernstzunehmenden führenden Köpfen des heutigen Frankreichs noch einen, der den Mut hat, die Fortsetzung des Experimentes zu empfehlen? Die Argumente, die gegen eine beschleunigte Lösung angeführt werden, sind keine Argumente des Rechts und der Billigkeit, sie sind vielmehr Argumente kleinlicher egoistischer Interessen.

Ich habe das Verständnis dafür, daß es schwer ist, etwas herauszugeben, an das man seine Hoffnungen wenigstens vorübergehend geklammert hat. Eins ist aber gewiß, dadurch, daß diese Verhandlungen, auf die wir schon lange gewartet haben, in die Länge gezogen werden, wird ein wirklich tragbares Arrangement nicht leichter, sondern schwerer. Ich habe schon in der Fraktionssitzung in Koblenz Wert darauf gelegt, festzustellen, daß die Lösung der Saarfrage und die Aussichten, die die Gegenseite uns nach dieser Richtung hin machen kann, wesentlich für uns sein wird für unsre endgültige Entschließung gegenüber dem Ja oder Nein zum Young-Plan. Es ist ein Verhängnis, daß wir in diese große und schwierige Verhandlung hineingegangen sind ohne die notwendige wirtschaftliche und finanzielle Rüstung, daß die deutschen finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse nicht so gewesen sind, daß ein Nein verantwortlich gewesen wäre, dann wäre unsere Position im Haag erheblich besser gewesen. Wir tragen dem Gesamtkomplex derjenigen Rechnung, die für das Ja oder Nein entscheidend sein müssen. Wir werden prüfen, nicht verfrüht, sondern erst wenn das ganze Ensemble der Verhandlungsergebnisse vor uns liegt.

Wir erwarten von der Reichsregierung, daß sie es zustande bringt, daß wir, wenn man von uns eine Entscheidung verlangt, auch sehen, wirklich zuverlässig sehen, nach welcher Richtung hin sich das Schicksal der deutschen Saar entwickeln wird und unter welchen Voraussetzungen die Gegenseite bereit ist, uns den Weg zum Vaterhaus wieder gehen zu lassen.

Kundgebungen für die Rückgliederung im Saargebiet

Die jüngsten Kammerdebatten in Paris nach der Neubildung des Kabinetts sind nicht geeignet, die Aussichten für die Saarverhandlung in Paris günstiger zu gestalten, die Optimisten hier und dort, die schon Vorschußlorbeeren auf die Rückgliederung nahmen, sind wieder kleinlauter geworden. Trotz allem hält aber das Saargebiet unentwegt fest an seiner Forderung der rückhaltlosen Rückkehr zum Reiche, und die Stimmen mehren sich, die sich laut und öffentlich hinter diese Forderung stellen.

Bedeutsam war die Stellungnahme des deutschen Gewerkschaftsbundes im Kreise Saarlouis zur Rückgliederung des Saargebiets. Auch die leisen Hoffnungen, die man vielleicht in Paris gerade auf die Stimmung in Saarlouis noch hegt, müssen angesichts dieser Kundgebung sich verflüchtigen. Waren doch in überaus großer Anzahl Beamte, Angestellte und Arbeiter, also gerade Vertreter der breitesten Schichten, zu dieser Versammlung erschienen. Als Referent sprach der Gewerkschaftsführer Pick, der betonte, daß es im Saargebiet nur eine Auffassung über die Rückgliederung gebe, und zwar restlose Rückführung zum Reiche, Rückkehr der Saargruben in den Besitz des preußischen und bayerischen Staates, ebenso auch Rückführung der noch widerrechtlich von Frankreich dem Saargebiet vorenthaltenen Teile der früheren Reichsbahn in den Besitz des Reiches. Die einhellige Auffassung der Versammlung wurde in einer Entschließung niedergelegt, in der die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Verhandlungen über die Lösung der Saarfrage baldigst aufgenommen werden, und nicht nur die restlose territoriale Rückgliederung des Saargebiets, den Uebergang der Saargruben in die Hände des preußischen und bayerischen Staates bringen, sondern auch der gesamten Wirtschaft des Saargebiets, vor allem der Schwer- und weiterverarbeitenden Eisenindustrie, sowie für Handel und Gewerbe den notwendigen Spielraum einer gesunden, im Interesse aller Beteiligten liegenden Entwicklung für die Zukunft schaffen. Ferner wird erwartet eine großzügige Regelung der Verkehrs-, Frachten- und Kohlenpreisfrage, um die Konkurrenzfähigkeit der Saarwirtschaft zu ermöglichen, die Einführung der im Reiche bestehenden arbeitsrechtlichen Verhältnisse unter Sicherung der im Saargebiet bestehenden Arbeitszeit. Einseitige Bevorzugungen irgendwelcher Berufsgruppen werden entschieden abgelehnt.

Im städtischen Saalbau zu Saarbrücken veranstaltete der Afa-Bund eine große Kundgebung der Angestellten, die sich auch mit der Frage der Rückgliederung des Saargebiets befaßte. In der hier angenommenen Entschließung wird ein dringender Appell an die Regierungen gerichtet, die Saarverhandlungen mit möglichster Beschleunigung aufzunehmen und mit dem Ziele zu führen, daß die baldige politische Wiedervereinigung des Saargebietes auch die völlige wirtschaftliche Wiedereingliederung gewährleistet. Für den Rückkauf der Saargruben durch Deutschland kann nur eine Rückführung in den Staatsbesitz der preußischen und bayerischen Länder in Frage kommen. Jede Art von staatlicher oder privater Internationalisierung oder nationaler Privatisierung der Saargruben hat im Interesse der saarländischen Arbeitnehmer wie der gesamten Bevölkerung auszuscheiden. Verlangt wird die Teilnahme von Vertretern der Arbeiter bei den Saarverhandlungen. Die deutsche Regierung wird ersucht, Vorbereitungen zu treffen, um die reibungslose Ueberführung der deutschen Sozialgesetzgebung für das Saargebiet zu sichern.

Der deutsche Handlungsgehilfen-Verband nahm auf seiner Kreistagung in Neunkirchen ebenfalls Stellung zu der Rückgliederungsfrage. Der Kreisgeschäftsführer Münnich-Saarbrücken wies darauf hin, daß unter der Herrschaft des Völkerbundes die Arbeitnehmer des Saargebiets einen Leidensweg zu gehen hatten, die aus den politischen Verhältnissen sich ergebenden Schwierigkeiten hätten sie in Form niedriger Einkommenbezüge und rückständiger arbeitsrechtlicher Verhältnisse tragen müssen. Sie hätten das sehnlichste Verlangen, endlich aus einer ungewissen saarländischen Gegenwart in eine sichere deutsche Zukunft eingehen zu können. Die einstimmig angenommene Entschließung verlangt ebenfalls ungeteilte Rückgabe des Saargebiets an Deutschland und restlose Wiederherstellung der deutschen Staatssouveränität, Rückgabe der Saargruben in den alten Staatsbesitz, Abwehr jeder einseitigen Benachteiligung der saarländischen oder deutschen Interessen bei den Zollverhandlungen.

Wie der Fremde unsere Saarheimat sieht

Von Th. Vogel-Berlin

I Wer kennt den Ausdruck Saarhuhn?

Die Beantwortung dieser Frage — einen derartigen Ausdruck haben wir bisher ebensowenig gekannt wie den Ausdruck Saargebiet vor dem Versailler Diktat — finden unsere Leser in einem Aufsatz „Saarländischer Grenzkampf" von Eckart Peterich in der Nr. 227 der Dresdener Neuesten Nachrichten. Ein jeder Saarländer, der diesen Aufsatz liest, wird mit Recht über nachstehende Schilderung entrüstet sein und ganz gewiß dem Verfasser Eckart Peterich nach Saarbrücker Art die richtige Antwort darauf geben. Eckart Peterich schreibt in seinem Aufsatz unter „Karlsbrunn im Warndt, den 24. September" folgendes:

„Wissen Sie, wie ich aussehe, nachdem ich eine zweistündige Autofahrt von Saarbrücken hier herauf hinter mir habe? Wie ein Saarhuhn. Ja, wie ein Saarhuhn! Aber Sie wissen vielleicht gar nicht, verehrter Leser, was ein Saarhuhn ist? Das ist nämlich ein ursprünglich weißes Huhn, das vom Ruß dieses Industrielandes vollkommen grau überkrustet ist, oder wie die Maler sagen „grundiert". Sehen Sie, auch ich bin gründlich grundiert. Auch kann ich mich mit einer Saar-Sonnenblume vergleichen: einem ursprünglich goldgelben Gewächs, das heute grau ist wie ein vielbenutzter Federwisch. Und deswegen bin ich froh, daß ich jetzt hier in Karlsbrunn sitze, mitten im wunderschönen grünen Warndt-Wald; daß neben mir am Tisch des Gasthofes „Zur Waldeslust" ein richtiger grüner Förster sitzt; daß die Hühner hier wieder weiß und die Sonnenblumen golden sind."

Zunächst wird jeder Landsmann darüber erstaunt sein, daß Peterich zur Autofahrt von Saarbrücken nach Karlsbrunn im Warndt zwei Stunden gebraucht hat, noch mehr aber darüber, wo er den Ruß des Industrielandes, welcher das Saarhuhn grau überkrustet hat, gesehen haben will. Es erübrigt sich, sich mit diesen Darstellungen eingehender zu befassen. Wir, die wir jahrein, jahraus bemüht sind, das Interesse ganz Deutschlands für das kerndeutsche Saargebiet wachzurufen und wachzuhalten, können es nur bedauern, in einer angesehenen großen deutschen Zeitung das Saargebiet derartig als eine häßliche, rußige, rauchende, qualmende, mit Fabrikschloten durchsetzte Gegend dargestellt zu sehen. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß für das saarländische Industriegebiet derartig unerfreuliche Bilder nicht gelten, und daß die landschaftlichen Reize, die das südwestdeutsche Industriegebiet schmücken, dieses Land überaus vorteilhaft von Kohle- und Industriegebieten anderswo unterscheidet. „Jeder Fremde, der durch das schöne Nahetal von Kreuznach über Kirn, Oberstein nach dem Industriemittelpunkt Saarbrücken fährt", so schreibt mit Recht Dr. Kloevekorn in seinem Heimatbuch „Das Saarland", „ist immer nur angenehm überrascht über die Bilder, die während der Fahrt an ihm vorüberziehen. Hatten Wälder und Berge im Tal der schlangenförmig sich windenden Nahe den Blick eingeengt, so wird die Landschaft dort, wo die Bahn in das Saargebiet kurz vor St. Wendel hineinfährt, offener, freier und der Blick infolgedessen weiter. Wälder, Felder und Wiesen lösen einander ab, und hineingebettet in diese schöne, eigenartige deutsche Landschaft liegen schmucke Dörfer. Bald tauchen die ersten Anzeichen des Kohlengebietes, die Fördergruben auf, aber sie stören das Landschaftsbild nicht. Sie bereiten nur darauf vor, daß hier nicht nur über der Erde, sondern auch tief in ihrem Schoße segensreiche Arbeit geleistet wird. Bei Neunkirchen spüren wir zuerst etwas vom Großbetrieb. Hämmern, Brausen, Rauschen, Leuchten und Funkensprühen — bei Nacht ein herrliches Feuerwerk — künden an, daß hier ein ganz großes Eisenhüttenwerk — das Stummsche Werk — Tausenden von Menschen Arbeit und Brot gibt. Ringsum wird die Stadt eingesäumt von großen, schönen Wäldern. Schneller fährt der Zug durch das gegen Saarbrücken sich neigende schmale Sulzbachtal, vorbei an Kohlengruben, Kokereien und Glashütten, wo Tag und Nacht rastlos die Arbeit weitergeht. Die einzelnen Ortschaften, heute aufblühende Industriestädte, liegen nicht mehr auseinander, sie sind hart aneinandergekettet, und von den Höhen beiderseits des Tales schauen überall hohe Wälder in die Stätten der Arbeit hinein."

Jeder, der das Saargebiet wirklich kennt, muß über die Peterichsche Schilderung erstaunt sein um so mehr, als die weiteren Ausführungen seines Aufsatzes sich im Widerspruch dazu befinden. Dort heißt es wie folgt:

„Aber nun wird man mich für einen Romantiker (?) halten, für einen, dem die „Zeitnähe" fehlt, wie das heute heißt. Fährt der Mensch ins Saargebiet, ins Land der Kohle und des Erzes, der Hütten und Gruben und flüchtet sich in den Wald! Ich muß denen, die mir also am Zeuge flicken möchten, erwidern: der Wald ist dem Saarländer nicht weniger wichtig als die Industrie. Im Landschaftsbild der Saar sind Wald und Menschenwerke eine untrennbare Einheit. Wald umschließt die Bergmannsdörfer. Essen und Hochöfen ragen aus grünen Wipfeln hervor. Auf hohen Fördergerüsten drehen sich Seilscheiben über den Buchen. Als schwarze Pyramiden ragen Kohlenschieferhalden über die Baumkronen. Und auch in der Seele des Saarländers spielt der Wald eine besondere Rolle. Er ist seine Zuflucht. Er ist seine Stärkung und seine Stärke. Der Wald — das ist des Saarländers eigentliche Heimat. Seine Liebe zum Wald zugleich Heimatliebe." (Na also.)

Von unseren Landsleuten an der Saar wird Herr Peterich, wenn sein Aufsatz vom „Saarhuhn" dort bekannt wird, noch Näheres zu hören bekommen. Jedenfalls empfehlen wir ihm, sich bei einem nochmaligen Besuch im Saargebiet als der Verfasser dieses Aufsatzes nicht erkennen zu geben.

Kleine politische Umschau

Der Völkerbund und das Saarland

In dem zehnjährigen Kampf um ihre völkische Selbstbehauptung und um die Erweiterung ihrer durch den Versailler Vertrag auf ein Mindestmaß eingeschränkten staatsbürgerlichen Rechte hat die Saarbevölkerung allerlei bemerkenswerte Erfahrungen sammeln können. Eine der merkwürdigsten ist zweifellos die, daß das Sekretariat des Völkerbundes in Genf von dem Dasein des Völkerbundslandes Saargebiet offenbar gar keine Ahnung hatte. Es hat wenigstens keinen Finger für die Saar gerührt. Jetzt mit einem Male erinnert man sich der Saar. Das Genfer offiziöse Organ des Völkerbundes — oder ist es nur das Propagandablatt des Völkerbundssekretariats? — veröffentlicht von seinem Sekretariatsmitarbeiter zur Saarfrage einen Artikel, der hundertprozentig die Beweisführung der französischen Saardelegation wiedergibt. Die Ausführungen gipfeln darin, daß eine Rückgliederung „pur et simple" des Saargebiets an das Reich nicht möglich sei, da niemand wisse, wer rechtsgültig auf das Regime verzichten könne. Das sei eine Frage, die von der juristischen Abteilung des Sekretariats studiert und vom Völkerbundsrat entschieden werden müsse.

Die Völkerbundsjuristen haben es wahrlich nicht leicht. Wenn zwei sich zu verständigen wünschen, haben sie erst alle internationalen und sonstigen Verträge zu studieren, ob ein solch völkerverbindendes Gebaren zulässig oder den Bestand des Völkerbundes zu gefährden in der Lage wäre. Wie wäre es denn, wenn sich die vielgeplagten Herren Völkerbundsjuristen einmal über den Sinn des Artikels 46 des Versailler Vertrages klar zu werden versuchten; vielleicht nehmen sie auch die Versailler Saarnoten hinzu, aus welchen unserer Meinung nach ziemlich deutlich hervorgeht, welche Motive zu dem Sonderregime an der Saar führten. Der fragliche Artikel heißt: „Um die Rechte und das Wohl der Bevölkerung zu sichern und Frankreich volle Freiheit bei der Ausbeutung der Gruben zu verbürgen.." usw. Die Grundlage der Versailler Saarregelung bildete das französische Verlangen nach den Saargruben als Ersatz für die zerstörten Gruben Nordfrankreichs (siehe Wilsons Vorschlag vom 31. März 1919). Das besondere Verwaltungsregime wurde erst auf Grund eines französischen Verlangens vorgesehen, und zwar nach der Note Tardieus vom 8. April 1919, die die Berücksichtigung der „beiden wesentlichen Interessen Frankreichs": 1. „betreffs der Bodenschätze" und 2. „betreffs des Gebiets in seiner Oberfläche" forderte.

Die Grundlage der Saarregelung von Versailles ist die Uebertragung der Saargruben an Frankreich; dieser Hauptfrage ist die der Saargebietsbevölkerung untergeordnet worden, sie ist gewissermaßen Anhängsel der Kohle. Wenn sich Deutschland und Frankreich über den Rückkauf der Gruben durch Deutschland einigen, wofür § 38 des Saarstatuts die Möglichkeit gibt, dann fällt gewissermaßen

das Saar-Sonderregime automatisch, um so mehr, als über die politische Einstellung der Saargebietsbevölkerung in der ganzen Welt kein Zweifel besteht. Die juristischen Schmerzen des Völkerbundsoffiziosus sind somit völlig unangebracht; sie sind aber doch immerhin recht auffällig, daß sie auftreten in dem Augenblick, wo die Frage der Saar-Rückgliederung feste Gestalt anzunehmen beginnt. Bisher hat man sich in Genf kaum um die Rechtslage der Saarfrage bekümmert; man braucht nur an die Währungsfrage, an die Frage der französischen Besatzung, an die Frage der französischen Schulen usw. zu erinnern. Heute sich Kopfschmerzen machen zu wollen, ist unangebracht; das verlangt niemand im Saargebiet, man wünscht aber andererseits dringend, daß man in Genf die Finger von Dingen läßt, um die man sich dort nicht zu kümmern hat.

Französische Spionagezentrale in Saarbrücken spioniert in den Leunawerken.

Ausgang Oktober wurde in Weißenfels ein Spionagenest ausgehoben, dessen Auftraggeber in Saarbrücken sitzen. Schon vor vier Monaten erhielt die Weißenfelser bzw. die Hallesche Kriminalpolizei eine vertrauliche Mitteilung, daß ein gewisser Aman sich durch seinen Verkehr und seine Reisen verdächtig mache. In aller Stille ging die Polizei der Sache nach, bis sie am 29. Oktober zur Verhaftung schritt, da Fluchtverdacht vorlag. Da Aman und ein gewisser Becker nicht zu Hause waren, wurden zunächst deren Frauen festgenommen. Aman wurde später in den Gärten am Saaleufer entdeckt. Eine wilde Jagd über Zäune und durch verschiedene Gärten setzte ein, bis Aman sich nicht anders zu helfen wußte als in die Saale zu springen. Da er des Schwimens nicht recht kundig war, ging er unter, wurde aber von zwei Beamten aus dem Wasser geholt und wieder zu Bewußtsein gebracht. Amann ist 27 Jahre alt. Als Arbeiter auf einer Saargrube knüpfte er Beziehungen mit dem Agenten einer ausländischen (lies französischen) Nachrichtenstelle an. Seine Frau stammt aus Weißenfels. Er lernte sie kennen, als sie im Saargebiet auf Besuch weilte. Wohl um ungestört zu sein, zog Amann nach Weißenfels. Hier zog er Becker, mit dem er zusammen wohnte, ins Vertrauen. Becker riß schließlich als der Geschicktere die Führung der Sache an sich. Beckers Frau, die als Reinemachefrau in den Leunawerken beschäftigt war, versorgte ihren Mann mit wichtigem Material, unter anderem mit einem Plan der Fabrik.

Schwer belastet wurde durch das Ergebnis der Haussuchung auch der Stiefsohn des Becker, der Reichswehrgefreite Vollrath. Als der Mittäterschaft dringend verdächtig wurden außer Amann dann noch der Bauingenieur Kühling sowie der Arbeiter Gebhardt verhaftet.

Durch die Aufdeckung dieser Spionage-Affäre wird erneut bestätigt, daß Frankreich trotz des „neutralen Charakters" des Saargebiets gerade dieses mit Vorliebe als Ausgangspunkt seiner Spionagetätigkeit mißbraucht. Frankreich hat mit der formellen Zurückziehung der französischen Besatzung aus dem Saargebiet die Spionagezentrale in Saarbrücken beibehalten. Sie untersteht unmittelbar der Mainzer Hauptzentrale. Es scheint, daß es den französischen Agenten tatsächlich gelungen ist, einen Reichswehrangehörigen zum Verrat militärischer Geheimnisse zu veranlassen. Ein besonderes Interesse legt die französische Spionage den Vorgängen in den Leunawerken an den Tag. Schon vor einiger Zeit wurde die Polizei durch zwei anonyme Briefe darauf hingewiesen, daß verschiedene Werksangehörige mit ausländischen Agenten in Verbindung ständen, und es konnte ermittelt werden, daß gewisse Verbindungen zwischen dem Saargebiet und den Leunawerken bzw. einzelnen Angestellten der Werke bestanden. Durch eine sorgfältigst durchgeführte Kontrolle gelang es schließlich, den in den anonymen Briefen ausgesprochenen Verdacht bestätigt zu finden. Die ganze Angelegenheit ist jetzt der Reichsanwaltschaft übergeben worden. Man hat es hier mit ähnlichen Vorgängen zu tun, wie sie schon vor einigen Jahren in gleicher Art bei dem Werk Oppau der I. G. Farbenindustrie in Ludwigshafen festgestellt werden konnten.

Kleine Tageschronik

Vom Ausguck auf dem Winterberg.

Nä, so ebbes! So viel Minsche hon ich Sunndahs noch nit im Wald beisomme gesiehn. Alleweil pilchert alles Sunndahs mittachs eniver noh Sangehann (was uf Hochdeitsch St. Johann heischt un e Stadtdääl von Saarbricke is), um sich dort im Waldpark das Vieh se beschnarze. Jo, so ebbes hon mir in Saarbricke. Ich verzeele eich doch nit von Böck, die vun irjendjemond, irjendwo geschuß, oder vun Bäre, die vun irjendjemond, irjendwem uffgebunn genn. Mir honn in unserer Stadt tatsächlich so e Ding. Do sinn Rehe, Hase und Hirsche drinn. Sogar e weißes Hirschpaar hon ma. Das hat uns die Brauereibesitzer Neufang gestift. Das is jo alles gud und scheen.

Ich bin also aach emol enniver noh Sangehann gong, um mir die Sach do mit dem neetige Effeh (Restaurant Waldhaus) zum Gemiet se fiehre. Ich hon awer nix se siehn grit, wie so e gonz kleenes Rehböckche. Das onnere Vieh hat vor denne viele Leit e Buckel gemacht un sich verzoh. Uf emol ruft do so e Laalee: „Dohinne kummt e Weißer uf em Modorrad", und ich Beschränkter gucke aach tatsächlich hin, do war nodierlich nix geween. Do bin ich heem gong zu meinem Suffi und hon mich gefuxt. Eener Trosch hon ich wenigstens gehat, es is noch meeh Leit so gong. Es kummt awer wahrscheinlich noch meh Vieh in die Park und do grit ma es vielleicht besser se siehn. Die Stadtverwaltung will nämlich noch Störche (vun weje Geburterückgong) und Bäre und seltene Vöchel ansiedele.

Lockere Vöchel siedele sich bei uns gonz gere on. Do war aach de Alexander Zoubkoff noh Saarbricke kumm un wollt die Ufenthaltsgenehmichung hon. De Sir Ernest Wilton hat em die awer nit genn un da konnt er wider abdampe. Die Bar, wo er sollt als Mixer ongestellt genn, is um e Sensatiönchen armer war.

„Alex, o Alex, die Sache, die war mies,
Ma konnt dich nit gebrauche im Völkerparadies,
Schönster aller Schönen, du wolltest Tränklein mixe,
Vielleicht longt es jetz noch dezu, um Schuhe blonk se wichse."

Honnes.

Saarbrücken. Die Feier ihres 50jährigen Bestehens beging hier die Schlosser-Zwangs-Innung Saarbrücken, aus welchem Anlaß auch der 5. Verbandstag des Schlosserverbandes des Saargebiets hier in Saarbrücken abgehalten wurde. Von der Leistungsfähigkeit des heimischen Schlosserhandwerks legte Zeugnis ab die mit der Veranstaltung verbundene Fachausstellung im Ludwigspark. Die Glückwünsche des Reichsverbandes des deutschen Schlosser-Verbandes an die Jubiläums-Innung übermittelte Schlossermeister Francois, Mitglied des Reichstages, aus Magdeburg, für die Handwerkskammer sprach der Vorsitzende der Kammer, Schmelzer. Fünf Veteranen der Innung, den Schlossermeistern Heinrich Wehlen, Philipp Gebhardt, Walter Kopp, Kaspar Vontz und dem Mechanikermeister Jakob Amberg wurden für fünfzigjährige Ausübung des Handwerks Ehrendiplome überreicht, ebenso wurde dem Schlossermeister Georg Pfüll für 25jährige Berufstätigkeit eine Anerkennung zuteil.

Die Kreissparkasse Saarbrücken schreitet zu der Errichtung eines neuzeitlichen Kassengebäudes, zu welchem Zwecke sie die anliegenden Gebäude in der Gutenbergstraße erworben hat, die dem Neubau Platz zu machen haben. Dieser wird in der Gerichtsstraße eine Frontlänge von 40,25 Meter und in der Gutenbergstraße eine solche von 42,25 Meter erhalten. Der Eckausbau wird sich turmartig erheben, so daß der Neubau auch einen Gewinn für das Städtebild in Altsaarbrücken bringen wird. Der ganze Bau soll in 1¼ Jahren fertiggestellt werden. Der Geschäftsumfang der Kreissparkasse hat in den letzten Jahren eine außerordentliche Zunahme erfahren, so daß die heutigen Räume nicht mehr ausreichend sind. Die Spareinlagen der Kasse allein sind von 1 242 500 Mark im Jahre 1923 auf 30 824 799 Mark bis Ende Oktober d. J. gestiegen, ein Beweis dafür, welches Vertrauen die Kasse in den Kreisen der saarländischen Bevölkerung genießt.

Güdingen. Das hier errichtete Turnerheim wurde von der Turnerschaft Güdingen anläßlich ihres 42jährigen Stiftungsfestes feierlich eingeweiht. Gauvertreter Burk übermittelte dabei die Grüße der deutschen Turnerschaft und übergab dann das neue Heim der Güdinger Turnerschaft, sie zur Mitarbeit an der Aufgabe der deutschen Turnerschaft ermahnend. Die Feier nahm einen recht schönen Verlauf.

Eschringen. Das hier in der Nähe belegene Gut Hartunghof ist durch Kauf in den Besitz des Saar-Knappschafts-Vereins übergegangen.

Altenwald. Unsere evangelische Kirche war in einen recht baufälligen Zustand geraten, so daß sich eine umfassende Instandsetzung als erforderlich erwies. Dank der Opferwilligkeit der Gemeinde ist das Innere der Kirche wieder in einen würdigen Zustand versetzt worden, und man hofft auch, den weiteren Ausbau ohne besondere Schuldenbelastung der Gemeinde baldigst zu Ende führen zu können. — Im hohen Alter von 84 Jahren ist hier unser Mitbürger Anton Fuchs verstorben. Er war der letzte dem hiesigen Kriegerverein als Mitglied angehörende Veteran aus dem Kriege von 1870/71. In seiner Grabrede wies Pfarrer Jüngst denn auch darauf hin, daß der Verstorbene einer jener tapferen Männer gewesen, die uns das Reich schmieden halfen. — Fern von der Heimat verstorben ist der von hier gebürtige 20 Jahre alte Alois Loth, der als Seemann auf einem Schiffe Dienst tat. Im Hafen von Le Havre schlug ihm eine schwere Handkurbel gegen den Kopf und verursachte einen Schädelbruch, an dessen Folge Loth verschied. Die Leiche wurde in La Morgue beigesetzt.

Illingen. Unbekannte Einbrecher drangen hier in das Büro einer Brauerei ein und versuchten, den Kassenschrank mittels Dynamit aufzusprengen. Es gelang ihnen indes nicht, den Schrank zu öffnen, und ohne die erhoffte Beute mußten sie wieder abziehen. Der Schrank ist indessen so beschädigt, daß er aufgeschweißt werden mußte.

Tholey. Die schon vor dem Kriege in Angriff genommenen Arbeiten zur Errichtung eines Aussichtsturmes auf dem Schaumberge, dem höchsten Berge im Saargebiet, sind seit dem Frühjahr d. J. wieder aufgenommen worden und jetzt so weit gediehen, daß man mit der Vollendung des Turmes im nächsten Frühjahr rechnen kann. Damit wird der Wunsch vieler Ausflügler erfüllt werden.

St. Ingbert. Infolge der schlechten Wirtschaftslage hat sich die Verwaltung des hiesigen Eisenwerkes genötigt gesehen, Feierschichten einzulegen und 28 Arbeitern der Drahtzieherei zu kündigen. Der Auftragsbestand in der saarländischen Eisenindustrie ist gegenwärtig so ungenügend, daß man auch in anderen Betrieben mit einer Arbeitsverknappung rechnen muß. — Der Einnehmergehilfe Bold hat sich, wie jetzt ermittelt wurde, in der Zeit von Mitte November 1928 bis April 1929 der fortgesetzten Unterschlagungen schuldig gemacht und dabei rund 15 000 Franken veruntreut. Die Unterschlagungen hätten wohl noch einen größeren Umfang angenommen, wenn Bold nicht im April d. J. aus dem Betriebe der Einnehmerei durch eine Umstellung herausgenommen worden wäre. Von seinen Veruntreuungen hatte man damals noch keine Kenntnis. Die nachträgliche Aufdeckung dieser Veruntreuungen hat natürlich das Vertrauen der Bürgerschaft in die Verwaltung noch weiterhin untergraben. — Gegen den früheren Bürgermeister unserer Stadt, Dr. Kempf, hatte die Disziplinarkammer Saarbrücken in erster Instanz auf Dienstentlassung erkannt und ihn mit zwei Dritteln seines Gehaltes — 3000 Franken im Monat — pensioniert. Gegen dieses Urteil hatte Dr. Kempf beim Oberverwaltungsgericht in Saarlouis Berufung eingelegt. Das Urteil dieser Instanz lautete auf fristlose Entlassung ohne Pension. Kempf ist inzwischen von der Ursulinen-Anstalt in Saarbrücken als Lehrer übernommen.

Personalnachrichten

Der Kreisarzt für Saarbrücken-Land, Medizinalrat Dr. Kreuser, hat am 1. November das Saargebiet verlassen, um einer Berufung als Medizinalreferent und Obermedizinalrat an die Landesversicherungs-Anstalt Stuttgart zu folgen. Herr Dr. med. Kreuser hat sich hier in seiner amtlichen Tätigkeit besondere Verdienste um die Typhusbekämpfung erworben und genoß als Tuberkulose-Forscher auch über das Saargebiet hinaus den Ruf als anerkannter Fachgelehrter.

Der Strafanstalts-Direktor Hempel konnte Anfang November auf eine 40jährige Dienstzeit im Staatsdienste zurückblicken, aus welchem Anlaß ihm seitens der Regierungskommission und der Beamtenschaft der Strafanstalt Glückwünsche übermittelt wurden.

Sein 40jähriges Jubiläum als Feuerwehrmann beging in Eiweiler der Mitbürger Johann Breininger, der zu den Mitbegründern der Wehr gehört und in ihr das Amt als Abteilungsführer und Schriftwart wahrnimmt. Seine Verdienste als Feuerwehrmann wurden bereits verschiedentlich anerkannt und auch zu seinem 40jährigen Jubiläum wurden ihm Glückwünsche zuteil.

Seinen 70. Geburtstag konnte in Annweiler der frühere Pfarrer von Homburg, Oberkirchenrat d'Alleux, begehen. Nach 26jähriger Tätigkeit in verschiedenen Pfarrgemeinden der Pfalz wurde er als Erster Pfarrer und Dekan nach Homburg berufen. Hie rwar er noch 19 Jahre in seinem Amte tätig und trat dann in den wohlverdienten Ruhestand, den er in Annweiler verlebt. Sein Andenken wird hier noch in bester Erinnerung gehalten.

Ihr Examen als Karosserie-Technikerin bestand mit dem Prädikat Gut auf der Fachklasse für Karosserie- und Wagenbau Fräulein Erika Schneider, Tochter des Herrn Peter Schneider von der Firma Peter Schneider G. m. b. H., Karosserie- und Fahrzeugbau in Saarbrücken. Unsere Stadt hat damit die erste Karosserie-Technikerin in Deutschland erhalten.

Im hohen Alter von 85 Jahren verschied in Britten der älteste Einwohner unseres Ortes, der Landwirt Nikolaus Hennen. Er war Kriegsveteran aus den Feldzügen von 1866 und 1870/71.

Ihre diamantene Hochzeit feierten die Eheleute Michel Flack und Maria, geb. Wolf, im Alter von 89 und 85 Jahren in Kleinblittersdorf. Sie hatten die Freude, 5 Kinder, 22 Enkel und 18 Urenkel um sich versammelt zu sehen. — Die goldene Hochzeit begingen die Eheleute Nikolaus Wahrheit und Katharina, geb. Hause, im Alter von 74 und 72 Jahren in Ommersheim.

Todesfälle. Saarbrücken: Frau Ww. Julius Gehenn, Elise geb. Schiel, 57 Jahre; Emil Schmidt, 67½ Jahre; Frau Ww. Oberwagenmeister Ludwig Schneck geb. Katharina Müller, 67½ Jahre; Frau Elisabeth Schäfer; Feldhüter Emil Rohr, 42 Jahre; Heinrich Schneider, 80 Jahre; Frau Oberbürgermeisters-Wwe. Martha Feldmann geb. Nolte, 78 Jahre; Eisenbahnbetriebsassistent i. R. Matthias Schuhe, 44 Jahre; Wilhelm Lorenz; Frau Flora Scheibel geb. Herz, 73 Jahre Gastwirt Peter Kleinbauer, 61 Jahre; Frau Heinrich Röhr, Auguste geb. Schneider, 72 Jahre; Ober-Lokomotivführer Peter Wöffler, 54 Jahre; Heinz Schlosser, 14½ Jahre; Frau Wwe. Kathrine Welter geb. Krachleder, 80½ Jahre; Emma Kliebenstein, 24 Jahre; Johann Latz, 77. Jahre; Wilhelm Herrmann, 51 Jahre; Franz Hermesmeyer, 19 Jahre; Johann Rausch, 63 Jahre; Johann Litzenburger, 70 Jahre; Roderich Michel, 6 Jahre; Ludwig Hermann Schmidt-Wahlster, 76. Jahre; Kaufmann Georg Schukert, Inhaber der Firma Modenhaus Franke u. Co., 47 Jahre; Frau Ww. Jakob Wolf, Berta geb. Peter; 65½ Jahre; Frau Anna Maria Schwender geb. Resch, 74 Jahre; Pensionär Friedrich Reichard, 75 Jahre; Philipp Erbes, 51 Jahre; Hermann Haas, 32 Jahre; Karl Koch 67 Jahre; Jakob Vollrath, 60 Jahre; Elisabeth Nägele, 15 Jahre. — **Bonn** (früher Saarbrücken): Frau Maria Thiel geb. Meßner, 70 Jahre. — **Brebach:** Frau Luise Ehmann geb. Schmeer, 26 Jahre. — **Scheidt:** Eisenbahn-Pensionär Heinrich Simon, 74 Jahre. — **Bischmisheim:** Rektor Theodor Kunze, 61 Jahre. — **Güdingen:** Frau Karoline Balz, geb. Neig, 41 J. — **Gersweiler:** Conrad Fritsch, pens. Sandformer, 77 Jahre. — **Fürstenhausen:** Lehrer a. D. und Hüttenbeamter Jakob Herzog, 39½ Jahre. — **Geislautern:** Ferdinand Zipp, 34½ Jahre. — **Ottenhausen:** Kesselschmied Georg Klein, 61 Jahre. — **Klarenthal:** Pens. Steiger Friedr. Stoffel, 94 Jahre. — **Groß-Rosseln:** Obersteiger a. D. Johann Klees, 76 Jahre. — **Völklingen:** Elektroinstallationsmeister Paul Gornik, 47 Jahre; Konrektor Wilhelm Sick, 57 Jahre; Obergerichtsvollzieher Ludwig Samsel, 43 Jahre. — **Altenkessel:** Moritz Thomé, 80 Jahre. — **Neudorf:** Ww. Schlafhausmeister Friedrich Becker, Anna geb. Bouillon, 86 Jahre; Frau Bernhard Groß, Katharina geb. Fischer, 45 Jahre. — **Heusweiler:** Karl Port. 65 Jahre. — **Güchenbach:** Frau Ww. Katharina Burgard geb. Prediger, Kindergärtnerin, 62 Jahre. — **Lebach:** Frau Magdalena Wieder geb. Klein, 45 Jahre. — **Jägersfreude:** Chauffeur Toni Gindorf, 28 Jahre. — **Herrensohr:** Pensionär Nikolaus Hemmer. — **Dudweiler:** Fräul. Emmy Eberhart, 32 Jahre; Frau August Savelkouls geb. Sofie Merl, 54 Jahre; Bahnhofsvorsteher a. D. Johann Reinert, 61 Jahre. — **Sulzbach:** Ottilie Lorenz, 19 Jahre; Frau Maria Pinkle geb. Jennewein, 86½ Jahre; Frau Katharina Wagner geb. Merg, 58 Jahre. — **Altenwald:** Frau Amalie Groß geb. Stüber. — **Heiligenwald:** Pens. Bergmann Johann Knobe, 79 Jahre. — **Friedrichsthal:** Fritz Ehemann, 50 Jahre. — **Bildstock:** Frau Johann Münch, Elisabeth geb. Thielen, 74 Jahre; Gemeindearbeiter Ludwig Rech, 65 Jahre. — **Schiffweiler:** Aloys Schorr, 26 Jahre; Dipl.-Ingenieur Leo Schmidt, 29 Jahre. — **Neunkirchen:** Ludwig Schmidt, 77 Jahre; Frau Anna Clemens geb. Schillo, 55½ Jahre; Ingenieur Georg Jacob, 49 Jahre; pens. Bergmann Karl Siegel, 61 Jahre; Fritz Rech, 28½ Jahre; Gerichtsvollzieher i. R. Albert Burckhardt, 58 Jahre; pens. Hüttenarbeiter Johann Lang, 66 Jahre; pens. Bergmann Jakob Knorr, 72 Jahre; Frau Ww. Johann Maas, Maria geb. Altendorf, 78 Jahre; Polizeibeamter Philipp Schmitz, 60 Jahre; Johann Regitz, 46 Jahre; Ludwig Wadenphul, 25 Jahre; Irmgard John, 3½ Jahre; Frau Karoline Jung geb. Lang, 46 Jahre; Frau Sophie Jung geb. John, 58 Jahre. — **Wustweiler:** Staatl. Förster Wilh. Christmann, 61 Jahre. — **Wiebelskirchen:** Pens. Bergmann Friedr. Honecker, 75 Jahre; pens. Bergmann Andr. Stein, 64½ Jahre. — **Schwalbach:** Frau Wwe. Hauptlehrer Hensel, Kath., geb Masloh 73 Jahre; Gymnasiast Ludwig Wilhelm Josten, 14 Jahre. — **Ottweiler:** Frau Wwe. Christian Keßler geb. Reinshagen, 83 Jahre. — **Bous:** Nikolaus Schmitt, 67 Jahre. — **Dillingen:** Kaufmann August Hector, 43 Jahre; Frau Marie verw. Maurer geb. Schmitt, 81 Jahre; Frau Wwe. Jakob Schmitt, Barbara, geb. Rinkenbach, 64 Jahre; Ambrosius Franz, 35 Jahre: ehem. Schwester Colletina; Frau Lina Meyer geb. Maschur, 23 Jahre; Karl Wild, 40 Jahre; Heinrich Wagner. — **Naßweiler:** Kaplan Edmund Filler, 27 Jahre. — **Hilbringen:** Marg. Lux geb. Zimmer, 61 Jahre. — **Lisdorf:** Joh. Comtesse, 63 Jahre. — **Wadgassen:** Revierförster i. R. Paul Drescher, 76 Jahre. — **Bachem:** Untertertianer Leopold Schmitt, 15 Jahre. — **Saarlouis:** Frau Wwe. Michael Hetzler geb. Maria Marx, 79 Jahre; Pensionär Nikolaus Federspiel, 76 Jahre; Frau Caroline Eder geb. Braun, 83 Jahre. — **Fraulautern:** Chr. Welker, 74 Jahre; Frau Nikolaus Molitor,

Elisabeth geb. Görgen, 64 Jahre. — **Besseringen:** Josef Morbe, 59 Jahre. — **Merzig:** Matthias Konz, 81 Jahre. — **Mettlach:** Franz Xaver Palme, 70 Jahre. — **Schnappach:** Frau Emma Berve geb. Brunhold, 69 Jahre. — **St. Ingbert:** Frau Wwe. Rosina Porger geb. Engel, 60 Jahre; Liesel Leibrock geb. Regula, 29 Jahre; Kaufmann Peter Schmelzer, 44 Jahre, Frau Gertraude Becker geb. Wannemacher, 56 Jahre; pens. Bergmann Jakob Huy, 69½ Jahre; Frau Maria Klein geb. Riedel, 55 Jahre. — **Ensheim:** Frau Eva Maria Pink geb. Seyler, 36 Jahre. — **Homburg:** Kaufmann Martin Müller, 60 Jahre; Frau Katharina Heß, Wwe., geb. Birnbaum, 78 Jahre. — **Kirkel:** Tünchermeister Georg Sattler, 67 Jahre **Rohrbach:** Frau Wwe. Magdalena Theodor geb. Würtz, 68 Jahre. — **Niederwürzbach:** Frl. Hedwig Groh, 21 Jahre. — **Rittelbexbach:** Frau Elise Winter geb Zahn, 62 Jahre.

Vom „Bund der Saarvereine"

§ **Saarvorträge an den deutschen Hochschulen und Universitäten** werden bekanntlich schon seit vielen Jahren auf Anregung und auf Kosten der Geschäftsstelle „Saar-Verein" gehalten. Erfreulicherweise haben die diesbezüglichen Schreiben an sämtliche deutschen Universitäten und auch an alle deutschen Hochschulen des In- und Auslandes große Zustimmung gefunden. Die Vorträge erfreuen sich bei den Höheren durchgängig guten Zuspruchs und großen Beifalls. Nach einer mit den Hochschulen getroffenen Vereinbarung finden die Vorträge regelmäßig zu Beginn eines jeden Semesters statt, zu denen die Geschäftsstelle „Saar-Verein" besonders geeignete Redner auf ihre Kosten zur Verfügung stellt. Auch im laufenden Jahre sind an fast sämtlichen Hochschulen und Universitäten diese Saarvorträge gehalten worden, u. a. an den Universitäten: Dresden, Münster, München, Greifswald, Stuttgart, Würzburg, Berlin, Marburg, Köln, Graz, Brünn, Königsberg, Darmstadt, Braunschweig, Jena, Karlsruhe, Frankfurt a. Main, Freiburg i. Breisgau, Gießen, Göttingen Leipzig u. a. Als Redner standen zur Verfügung: Der Vorsitzende des Bundes der Saarvereine, Senatspräsident O. Andres, Frankfurt a. Main, der Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein" Verwaltungsdirektor Th. Vogel, Berlin, Berghauptmann Cleff-Berlin, Rechtsanwalt und Notar Giersberg-Magdeburg, Redakteur Ollmert-Frankfurt a. Main, Landgerichtsdirektor Dr. von Kraewel-Frankfurt a. Main, Studienrat Dr. Kill-Düsseldorf, Geschäftsführer Hans Kratz-Berlin, Professor Dr. Kloevekorn-Saarbrücken, Gewerkschaftssekretär und Stadtverordneter Otto Pick-Saarbrücken, Rechtsanwalt Levacher-Saarbrücken u. a. m. Ausgehend von der wirtschaftlichen Bedeutung des Saargebiets haben fast sämtliche Redner die jahrhundertealten Bestrebungen der Franzosen, in den Besitz des schönen industriereichen und landschaftlich schönen Saargebiets zu kommen, sowie das sich mehrfach wiederholende Scheitern ihrer Bemühungen, an dem gesunden Sinn der deutschen Saarbevölkerung, hervorgehoben und im Verlaufe ihrer Darlegungen kamen die Redner eingehend zu sprechen auf das Zustandekommen des Saarstatuts und auf die Mittel der Franzosen und der ihr durchweg zu Willen gewesenen Saarregierung, das Saargebiet an Frankreich anschlußreif zu machen, sowie auf ihre Hoffnungen bei der Endlösung der Saarfrage wenigstens einen Teil ihrer Saarzielen erfüllt zu sehen. Einen besonderen Raum der Ausführungen nahmen die Schilderungen über die von der deutschen Bevölkerung des Saargebiets ohne Unterschied des Standes und der Parteizugehörigkeit, vor allem aber auch von der Arbeiterschaft geleisteten Abwehrarbeit und die von der Geschäftsstelle „Saar-Verein" und dem Bunde der Saarvereine betriebene Aufklärungsarbeit, ein. Die Ausführungen fanden das größte Interesse der Zuhörer, besonders aber auch die Feststellung, daß die Pläne der Franzosen bisher im großen und ganzen an der treudeutschen Haltung gescheitert seien. Die Hinweise auf die neuen großen Anstrengungen der Franzosen, namentlich in bezug auf die Zukunft der Saargruben und auf das Warndtgebiet, gaben Anlaß zu ernsthaften Ueberlegungen in diesen Kreisen, wie auch diese Anschläge abgewehrt werden könnten. Alle Redner forderten die Zuhörer auf, in ihren Kreisen darauf hinzuwirken, daß immer mehr Aufklärung über die Lage an der Saar geschaffen würde. Die Bestrebungen des Bundes der Saarvereine müßten nach besten Kräften unterstützt und jede Gelegenheit benützt werden, um unseren deutschen Volksgenossen im Saargebiet in ihrem schweren Kampfe beizustehen.

Freiberg (Sachsen). Im bergmännischen Verein hielt Herr Regierungsbergrat Robert André (geboren in Sulzbach) am 4. Oktober d. Js. einen Vortrag über das Saargebiet. Nachdem der Vortragende der Entstehung des politischen Begriffes „Saargebiet" nachgegangen war, wies er an Hand der geschichtlichen Entwicklung und der jetzigen Haltung der Saarbevölkerung nach, daß Land und Leute an der Saar wertvollste Teile deutschen Bodens und deutscher Volksgemeinschaft sind. Der Vortrag wurde durch zahlreiche Lichtbilder, die von der Geschäftsstelle „Saar-Verein" zur Verfügung gestellt waren, erläutert.

§ **Die Ortsgruppe Frankfurt a. Main** erläßt soeben folgenden Aufruf: „Der Entscheidungskampf um das Saargebiet! Der Kampf um unser deutsches Saarland ist in ein Stadium getreten, das unsere ganz besondere Aufmerksamkeit erfordert. Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland sollen eine möglichst baldige Entscheidung über seine Zukunft bringen. Es wird ein schweres Ringen. Frankreich sucht sich an der Saar auf Kosten Deutschlands und des Saargebietes große, unberechtigte Vorteile zu verschaffen. Gerade jetzt gilt es daher, Interesse für das Saargebiet zu zeigen und sich geschlossen hinter die deutsche Regierung zu stellen. Ueber den augenblicklichen Stand der Saarfrage wird Herr Prof. Dr. Kloevekorn-Saarbrücken in einer großen Saar-Kundgebung am Donnerstag, den 21. November 1929, abends 8 Uhr, im Zoologischen Garten berichten. Sein Thema lautet: „Der Entscheidungskampf um das Saargebiet". Die Ortsgruppe Frankfurt a. M. des Bundes der Saar-Vereine gibt sich die Ehre, alle Behörden, sowie die Verbände, Vereine und Mitbürger, die ein Interesse an der Lösung der Saarfrage im deutschen Sinne haben und denen die Befreiung unserer Brüder und Schwestern an der Saar aus der Fremdherrschaft am Herzen liegt, zu dieser Kundgebung ergebenst einzuladen und zu bitten, für einen zahlreichen Besuch werben zu wollen. Der Eintritt ist frei."

□ **Die Ortsgruppe Duisburg-Meiderich** hielt am Sonntag, dem 29. September d. J., im Vereinslokale „Parthaus" in Meiderich ihr Stiftungsfest verbunden mit einer großen Saarkundgebung ab. Die Feuerwehrkapelle der Vereinigten Stahlwerke unter der vortrefflichen Leitung ihres Kapellmeisters Feucht gab eingangs Proben ihres musikalischen Könnens. Alsdann begrüßte der Vorsitzende der Meidericher Ortsgruppe Göttel die Erschienenen, insbesondere den Vertreter der Stadt, Beigeordneten Dr. Besserer, den zweiten Bundesvorsitzenden des Bundes der Saarvereine, Mittelschuldirektor Debusmann, Elberfeld, und die Vertreter der einzelnen Landmannschaften. Redner schloß mit den Worten: „Die Meidericher Ortsgruppe ist heute zum ersten Male in die Oeffentlichkeit getreten, um der Welt zu zeigen, daß man Bruder und Schwester um sich gesammelt habe, den Kampf zu führen für die Freiheit des deutschen Saarlandes, für Einigkeit, Recht und Freiheit im deutschen Vaterland." Anschließend sprach Beigeordneter Dr. Besserer im Namen der Stadtverwaltung. Die Stadtverwaltung kenne und unterstütze die Bestrebungen der Saarvereine, und man freue sich, daß man sich in dieser Arbeit zusammenfinde in den Landmannschaften, die nur eins kennen würden, ein freies Saarland. Zu diesem Streben „Glück auf!" Der zweite Bundesvorsitzende, Mittelschulrektor Debusmann, hielt die Festrede. Ausgehend von dem Ausgang des Krieges und dem Versailler Diktat, das wie ein verheerender Blitzschlag auf die Saarbevölkerung gewirkt habe, schilderte er an Hand von persönlichen Erlebnissen die Schönheit und die Verbundenheit der Saar mit der Mutter Germania. Wie man mit „Zuckerbrot und Reitpeitsche" versucht habe, die Saarbevölkerung unter die Knute der Fremdherrschaft zu bringen. Eine Regierungskommission, die in ihrer Tendenz franzosenfreundlich gewesen sei, habe die deutschen Belange auf das schnödeste mißachtet. Frankreich habe mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln versucht, das Saarland zu unterjochen. Habe durch Sicherung der Aktienmajorität deutscher Werke versucht, die Wirtschaft an sich zu bringen. Durch Einrichtung französischer Schulen usw. habe sie den Angriff auf deutsche Kultur eingesetzt. Unter der Gewalt haben sich viele beugen müssen, aber im Herzen der Saar lebe der einigende Wille, deutsch zu sein und mit Deutschland wieder verbunden zu werden. Im Kampf müsse besonders der Geistlichkeit beider Konfessionen, den Gewerkschaften und nicht zuletzt der Presse und den Saarvereinen Dank gezollt werden. Er schloß: „Möge der Tag kommen, an dem unser geliebtes Saarland wieder mit dem Mutterlande vereinigt wird!" Das Deutschlandlied beschloß die mit Beifall aufgenommene Festrede. Im Anschluß daran gelangte folgende Entschließung zur einstimmigen Annahme: „Die große Kundgebung des Bundes der Saarvereine, Ortsgruppe Duisburg-Meiderich, begrüßt den Beginn der Saarverhandlungen. Sie fordert sofortige Wiedereinsetzung Deutschlands-Saar mit dem Mutterlande. Darin erblickt sie einen großen Fortschritt in der Befriedung Europas. Wir danken unseren Brüdern und Schwestern an der Saar für ihr treues Aushalten an der Saar und hoffen auf ein baldiges Wiedersehen an der freien, deutschen Saar." Rektor Olbrich für die Oberschlesier und Otto Körner für die Elsaß-Lothringer sprachen die Engverbundenheit mit der Forderung der Saarvereine aus. Maria Lessen sprach einen sinn-

gemäßen Prolog und Fräulein Strohen sang mit wohlklingendem Mezzosopran einige nette Volks- und Saarlieder. Für die weitere Belebung des Festes sorgten der Quartettverein „Rheinklänge" unter seinem Dirigenten Hönerbach und die Stahlwerkskapelle. Den Schluß machte ein Tänzchen im heimatlichen Kreis.

* **Die Ortsgruppe Düsseldorf** hielt am Dienstag, dem 12. Oktober 1929, ihre Monatsversammlung im Vereinslokal, Restaurant Schummer, Bahnstraße 76, ab. Der Vorsitzende, Herr Dr. Kill, der gegen 9 Uhr die Versammlung eröffnete, begrüßte die in überaus großer Zahl Erschienenen aufs herzlichste und gab seiner Freude Ausdruck über den guten Besuch. Unser Ehrenvorsitzender, Herr Direktor Moser, ließ sich entschuldigen, da er durch Krankheit verhindert war, am Vereinsabend teilzunehmen. Nachdem der Schriftführer den Versammlungsbericht der letzten Monatsversammlung verlesen hatte, hielt der Vorsitzende einen kurzen Vortrag über das Thema: „Rückblick auf unsere große Kundgebung für das Grenzlanddeutschtum im Kaisersaal der städtischen Tonhalle und Ausblick auf die bevorstehenden Saarverhandlungen in Paris". Der Abend der Grenzlanddeutschen sei als wohlgelungen zu bezeichnen. Rund 2000 Personen waren bei der Kundgebung zugegen. Weniger freudig gestimmt könne man im Hinblick auf die künftigen Saarverhandlungen in Paris sein. Pessimismus sei eher am Platze als Optimismus. Frankreich lege in den bevorstehenden Verhandlungen das Schwergewicht auf die wirtschaftliche Seite der Saarfrage. Es versuche, da es die politische Seite der Saarliquidierung zurücktreten lasse, aus der Saarfrage ein wirtschaftliches Geschäft zu machen. Für uns Deutsche komme jedoch nur eine uneingeschränkte Rückgliederung des Saargebietes in politischer und wirtschaftlicher Beziehung in Frage. Die Saarbevölkerung wartet lieber bis 1935, als daß jetzt einer Lösung zugestimmt werde, die dem deutschen Volke und dem Saarland selbst neue dauernde Opfer auferlegt. Die von den Anwesenden mit großem Interesse aufgenommenen Ausführungen fanden reichen Beifall. Herr Fabrikant Bös dankte im Namen des Vereins Herrn Dr. Kill und den übrigen Herren der Ortsgruppe, die bei den Vorbereitungen zur großen Kundgebung mitgearbeitet hatten, vor allem noch besonders Herrn Dr. Kill für die mannhaften Worte und die eingehenden Ausführungen in seinem großen Vortrage anläßlich der Kundgebung im Kaisersaal. Es folgte sodann als folgender Punkt der Tagesordnung Beratung und Beschlußfassung über unsere diesjährige Nikolausfeier. Man beschloß, bei unserer nächsten Monatsversammlung eine solche Feier abzuhalten, und zwar wie im vorigen Jahre mit Bescherung der Kinder der Mitglieder. Alle näheren Einzelheiten über den Verlauf dieser Feier sollen am Stammtischabend in der nächsten Woche festgelegt werden. Im weiteren Verlaufe des Abends lenkte der Schriftführer, Herr Petri, die Aufmerksamkeit der Anwesenden auf den neuen Saarkalender 1930, machte Mitteilungen über den bedeutsamen, literarisch wertvollen Inhalt desselben und bat die Versammlungsteilnehmer, recht eifrig den Saarkalender zu bestellen; über 20 Exemplare wurden bestellt. Desgleichen meldeten sich eine Reihe von Mitgliedern für Bestellung von Bundesnadeln. Der Vorsitzende wies anschließend auf unser Vereinsorgan „Saarfreund" hin und trat warm für den Bezug desselben ein. Ein sehr großer Teil unserer Mitglieder ist Bezieher unserer gediegenen Vereinszeitung; es müssen sich aber noch mehr bei der Post zum Bezuge melden. Nach Erledigung vereinsgeschäftlicher Angelegenheiten und Aufnahme von drei neuen Mitgliedern wurde mit dem Lied: „Deutsch ist die Saar" der offizielle Teil der Versammlung geschlossen. Der gemütliche Teil brachte wieder mit großem Beifall aufgenommene ergötzliche Geschichten, Gedichte und Witze in saarländischer Mundart, vorgetragen von Herrn Wisplinghoff; auch ein Gast, Herr Hilger, erfreute mit einigen ernsten und heiteren Rezitationen. Bei fröhlicher Unterhaltung, Musik und Tanz blieben die Versammlungsteilnehmer bis nach Mitternacht in bester Stimmung vereint. P.

* **Eine Vereinigung Saardeutscher Studierender zu Marburg** wurde am 7. November d. J. in einer Zusammenkunft saarländischer Studierender beschlossen. Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender: cand. jur. Albrecht, Marburg, Duisberghaus; 2. Vorsitzender: Referendar Schneider, Marburg, Hirschberg 8; Schriftführer: cand. phil. Enders, Marburg, Hofstadt 2; Kassenwart: Fräulein J. Schmidt, Marburg, Markt 24, II. In der gleichen Versammlung wurde auf Antrag einstimmig beschlossen, dem Bunde der Saarvereine beizutreten. Die Vereinigung tritt am 19. November 1929 vom ersten Male in die Öffentlichkeit. Der Vorsitzende des Bundes der Saarvereine, Herr Senatspräsident Andres, wird an diesem Tage im Auditorium Maximum der Universität Marburg einen Vortrag über das Thema halten: „Rechtspolitische Betrachtungen zur Rückgliederung des Saargebiets". — Wir wünschen der Vereinigung sowohl für die Veranstaltung als auch für ihre fernere Betätigung die besten Erfolge.

* **Die Ortsgruppe Bochum des Bundes der Saarvereine** hielt am 1. Oktober im Lokal Grafe die Generalversammlung ab. Der Vorsitzende begrüßte die Erschienenen und brachte in seinen Ausführungen zum Ausdruck, daß in der heutigen Generalversammlung Klarheit darüber geschaffen werden müßte, ob die Ortsgruppe Bochum aufgelöst werden soll oder ob sie so auszubauen sei, daß im gegebenen Moment für die um ihre Rechte kämpfende Heimat erfolgversprechende Arbeiten im Verbande des Bundes der Saarvereine geleistet werden kann. Daraufhin meldeten sich die Mitglieder Wagner, Birtel und Christ zu Worte und erklärten, daß eine Auflösung im Interesse der sehr wichtigen Zwecke des Bundes nicht in Frage komme, vielmehr müsse ein jedes Mitglied mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dafür Sorge tragen, daß die Ortsgruppe wieder auf die Höhe gebracht wird. Der Vorsitzende brachte nochmals eingehend die Zwecke der Ortsgruppen des Bundes der Saarvereine zur Kenntnis und bedauerte außerordentlich, daß gerade in Bochum trotz der bisher geleisteten Arbeiten des Vorstandes nicht eine bessere Ausgestaltung der Ortsgruppe möglich war. Der Vorsitzende schlug vollständige Neuwahl des Vorstandes vor, weil er glaubte, darin zum Wohle der Ortsgruppe eine Besserung zu erblicken. Er bat dieserhalb um Vorschläge für den neuzubildenden Vorstand. Auch hier meldeten sich die Herren Wagner, Birtel und Christ zu Worte und stellen den Antrag, daß der Vorstand bestehen bleiben soll bis zur Neuwahl im Januar. Nachdem dieser Vorschlag angenommen war, schlug jedoch zur Überbrückung der bisher bestandenen Gegensätze bei den einzelnen Mitgliedern der Vorsitzende vor, einen zweiten Vorsitzenden und zwei Beisitzer hinzuzuwählen. Vor mehreren Mitgliedern wurde Herr Birtel als 2. Vorsitzender, Herr Christ und Herr Graf als Beisitzer vorgeschlagen. Da diese drei Herren Mitbegründer der Ortsgruppe 1919 waren und längere Zeit auch den Vorstand der Ortsgruppe inne hatten, wurde die Wahl einstimmig angenommen. Der Vorstand setzt sich nunmehr wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender N. Klemmer, 2. Vorsitzender Birtel, Geschäftsführer Rech, Kassierer Mang, Beisitzer Knichel, Christ und Graf. Der monatliche Beitrag wurde auf 0,50 M. (Erwerbslose 0,25 M.) beschlossen. Die Versammlungen sollen außerdem in den Monaten Oktober bis April Sonntags und in den Sommermonaten Samstag, abends, stattfinden. Die Versammlungen sollen gesellschafts- und unterhaltungslicher ausgestaltet werden, um das Interesse sämtlicher Landsleute für die Ortsgruppe zu heben. Der „Saar-Freund", das Organ des Bundes der Saarvereine, wurde den Mitgliedern dringlichst empfohlen, neue Mitgliedskarten sollen in der nächsten Versammlung ausgehändigt werden. Desgleichen sollen zur nächsten Versammlung sämtliche Landsleute eingeladen werden. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils wurden Erlebnisse aus der Heimat in der Heimatsprache vorgebracht. Nachdem noch mehrere Stunden gesellschaftlichen Zusammenseins verflossen waren, wurde die Versammlung mit dem Wunsche, daß sich die Ortsgruppe nunmehr weiter entwickeln möge, geschlossen.

* **Die Ortsgruppe Berlin des Bundes der Saarvereine** gibt bekannt, daß die Trachtengruppe des Vereins der Bayern in Berlin E. V. am Sonntag, dem 1. Dezember, im Apollo-Saal des Deutschen Hofes, Berlin S, Luckauer Str. 15, ihr 36. Stiftungsfest begeht. Kassenöffnung 4 Uhr. Beginn 5 Uhr nachmittags. Eintritt 1,50 M. pro Person. Verbunden mit dem Stiftungsfest ist der diesjährige „Katharinentanz". Die Trachtengruppe des Vereins der Bayern hat alle Mitglieder der Ortsgruppe Berlin des Bundes der Saarvereine zu ihrem Stiftungsfest herzlichst eingeladen. Es soll allen Teilnehmern ein Abend unter Süddeutschen, erfüllt von der Liebe zur Heimat und der Anhänglichkeit an die Sitten und Bräuche der Väter, geboten werden.

Briefkasten.

F. in H. 6 RM. am 11. 10. 28 und 6 RM. am 22. 10. 29. — **O. B. in S.** 5 RM. — **G. in S.** 6 RM. Mit herzlichstem Dank erhalten.

Erscheint zunächst monatlich zweimal: am 1. und 15. mit der vierseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimatbilder". Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungsliste S. 268) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein E. V., Berlin SW. 11, Königgrätzer Straße 94, Fernsprech-Anschluß: Amt Bergmann 3243. — Bezugspreis monatlich 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postscheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 665 36 oder auf Deutsche Bank, Depositenkasse O, Berlin SW. 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein E. V." mit dem Vermerk „Saar-Freund" erbeten. — Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Richard Pesselt, Berlin-Wilmersdorf; für die Inserate Kurt Meurer, Berlin. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein E. V.", Berlin SW. 11, Königgrätzer Straße 94. — Druck: Deutscher Schriftenverlag, Berlin SW. 11.

Pfalz in Not!

Persönliche Erlebnisse in den Jahren 1923/24
von Hans Herold

104 Seiten — **Preis 1.- Mk.**

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder unmittelbar vom Verlag: J. C. Becker Universitäts-Druckerei Würzburg (Postsch. Nürnberg 14229)

Das Buch erzählt eine kleine Geschichte aus großer Zeit. Ein paar junge Leute in der Pfalz wollen nach besten Kräften helfen, den Passiven Widerstand zu einem glücklichen Ende zu führen. Verrat und Verhaftung setzt ihrem Wirken ein plötzliches Ende.

Die Tätigkeit im Passiven Widerstand u. bei der Abwehr der Separatisten wird einleitend kurz geschildert, dann die Verhaftung, das Verhör durch die Kriminalpolizei, die Kriegsgerichtsverhandlung, die Erlebnisse in neunmonatiger Gefangenschaft. Ernste und heitere Eindrücke wechseln ab.

Hintergrund zu all den Ereignissen ist die allgemeine Lage in dieser Zeit, das Ende der Separatistenherrschaft, die Rückkehr geordneter Verhältnisse in der Pfalz.

Das kleine anspruchslose Buch aus der Feder eines Teilnehmers ist ein Beitrag zur Geschichte jener Jahre, als die Pfalz in vorderster Linie für die deutsche Sache zu kämpfen hatte und für ihr Bleiben beim Deutschen Reich.

Soeben erschienen:

Saarkalender 1930

Herausgeber: Albert Zühlke

Ein Buch von dauerndem Wert, wuchtig in der Verteidigung des Rechts, ungeschminkt in der Wiedergabe der Stimmung unseres Saarvolkes.

Der Saarkalender 1930 ist das Buch für alle

Tausende warten auf sein Erscheinen. — Die diesjährige Ausgabe ist besonders glücklich zusammengestellt, und restlos befriedigt wird jeder den Kalender aus der Hand legen.

In alle Welt geht der Saarkalender 1930

Sie machen Ihren Bekannten die größte Freude, wenn Sie ihnen den „Saarkalender" zusenden.

Zu beziehen durch

Geschäftsstelle „Saar-Verein"
Berlin SW. 11, Königgrätzer Straße 94
Telefon: Bergmann 3243
zum Preise von **RM. 1,80.**

Stellengesuch

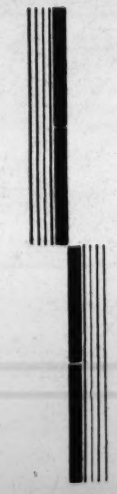
Kaufmann,

32 Jahre, verheiratet, ausgewiesener Saarländer, wohnhaft Jüterbog, seit 1. 12. 28 stellungslos, sucht, da in Jüterbog keine Verdienstmöglichkeit vorhanden, Stellung im Büro, gleich welcher Art. Anfr. unter D. S. 100 an den Saar-Freund.

Richard Haase
Tapezier- und Dekorationsgeschäft
Neuanfertigung von Dekorationen und Polstermöbeln
Berlin SO 33, Skalitzer Str. 59b
Fernspr.: Amt Moritzplatz 10702

Pommersche Gänse
Pommersche Wurstwaren
allerfeinster Qualität und billigsten Preisen empfiehlt
das gute Feinkosthaus
Fritz Herrmann (Aus Neunkirchen Saar) **Stettin**
Falkenwalder Str. 115, Ecke Turnerstr.-Normaluhrecke. Fernspr. 32462

Inserieren Sie



im „Saar-Freund"

Tapeten - Linoleum
Farben
Teppiche und Läufer
nur von
Josef Reimsbach,
Ensdorf / Saar.
Fernspr. Amt Saarlouis Nr. 509

Solide Preise, beste Qualitäten. Alle Wünsche werden berücksichtigt.

Buchdruck Druckarbeiten aller Art **Tiefdruck**
Druckerei der Deutschen Tageszeitung
Berlin SW 11, Dessauer Straße 6-8

Jeder Deutsche muß Mitglied des „Bundes der Saarvereine" sein!

Anmeldungen bei der

Geschäftsstelle „Saar-Verein", Berlin SW 11
Königgrätzer Straße 94 II

als Einzelmitglieder oder bei den überaus zahlreichen Ortsgruppen in 90 Städten des Deutschen Reiches.

Neu erschienen!

Saarheft

der

Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde

Wertvolle Beiträge — 84 Seiten
— Interessante Abbildungen —

Preis 4.— RM.

Zu beziehen durch:

Geschäftsstelle
„Saar-Verein", Berlin SW11
Königgrätzer Straße 94 II
Bergmann 3243.

Leset und verbreitet

die von der Geschäftsstelle „Saar-Verein" herausgegebene Halbmonatsschrift

„Saar-Freund"

Der „Saar-Freund" ist der treueste und zuverlässigste Berichterstatter über alle Geschehnisse im Saargebiet, das beste Bindeglied zwischen den schwerbedrängten Saardeutschen und dem Mutterlande und das Mitteilungsblatt des Bundes der Saar-Vereine mit allen wichtigen Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet. Die Schriftleitung und Verwaltung liegen in den Händen von ausgewiesenen Persönlichkeiten, die als geborene Saarländer oder durch ihren mehrjährigen Aufenthalt im Saargebiet selbst die örtlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse des Saargebiets heute aus eigener Erfahrung heraus kennen und mit dem Leben der Saargebietsbevölkerung heute noch in engster Verbindung stehen.

Bestellungen auf die Halbmonatsschrift „Saar-Freund" nimmt jede Postanstalt entgegen.

Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 1,50 RM.

Alle Zuschriften für den „Saar-Freund" sind zu richten an

Geschäftsstelle „Saar-Verein", Berlin SW. 11, Königgrätzer Straße 94.